

Hessisches Landeskriminalamt
Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention

Jahresbericht
POLIZEILICHE KRIMINAL- UND
VERKEHRSPRÄVENTION
in Hessen
2017

1.	Allgemeine Entwicklung.....	3
2.	Präventionsbereiche.....	4
2.1	Jugendkriminalität.....	4
2.2	Verkehrsprävention	8
2.3	Prävention für Senioren.....	11
2.4	Kriminalpolizeiliche Beratung	13
2.5	Opferschutz, Häusliche Gewalt	16
2.6	Bankenschutz.....	18
2.7	Kulturgüterschutz.....	19
2.8	Städtebauliche Kriminalprävention	20
2.9	Prävention Cybercrime	22
2.10	Migration.....	23
2.11	Netzwerk gegen Gewalt	25
2.12	Freiwilliger Polizeidienst	28
3.	Bewertung, Prognose und Ausblick für 2018.....	29
4.	Anlagen	30
4.1	Tabelle Kennzahlen 2017.....	30
4.2	Tabellen Jugendkriminalität.....	31
4.3	Tabellen Häusliche Gewalt/Stalking	33
4.3.1	Häusliche Gewalt	34
4.3.2	Stalking	40

1. Allgemeine Entwicklung

Die polizeiliche Präventionsarbeit in Hessen war auch im Jahr 2017 insbesondere von personalintensiven Maßnahmen zur Verhinderung von Wohnungseinbrüchen und verschiedenster Betrugsformen sowohl im Internet, an der Haustür als auch am Telefon (wie Enkeltrick, falsche Polizeibeamte/Amtsträger) geprägt.

Diese betrafen zu einem großen Anteil die wachsende Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren, die auch im Bereich der Verkehrsunfallprävention stark im Fokus der polizeilichen Präventionsarbeit standen und weiterhin stehen. Hierzu wurde u.a. am Deutschen Präventionstag in Hannover durch das HLKA das inzwischen landesweit umgesetzte Projekt „MAXimal Mobil bleiben – mit Verantwortung“ einem breiten Fachpublikum vorgestellt. Ebenso konnte landesweit die Konzeption „Letzte Chance Enkeltrick“ in enger Kooperation mit den Banken und Sparkassen umgesetzt werden. Bei der Prävention von Wohnungseinbrüchen erweist sich die kostenlose und hochkompetente kriminalpolizeiliche Beratung für die hessischen Bürgerinnen und Bürger als so erfolgreich, dass jeder zweite Wohnungseinbruch im Jahr 2017 bereits im Versuchsstadium i.d.R. an den Sicherungseinrichtungen oder wachsamem Nachbarn scheiterte! Mit dem Projekt IT-basierte sicherungstechnische Beratung geht die hessische Polizei auch hier neue und zukunftsorientierte Wege.

Nach mehreren Jahren intensiver Arbeit konnte die Bund-Länder-AG „Sicherungstechnische Empfehlungen für Stromtrassen“ unter Leitung des HLKA bundesweit einheitliche Empfehlungen für die vier neu geplanten Höchstleistungsstromtrassen vorlegen, die auch der Bundesnetzagentur als wichtige Entscheidungsgrundlage dienen.

Auch 2017 wurden die vertrauensbildenden Maßnahmen für die Zielgruppe Flüchtlinge mit speziell konzipierten Vorträgen über die Rolle der Polizei und Gewaltprävention fortgesetzt. Diese wurden durch das Modul „Alkohol- und Drogenmissbrauch“ ergänzt.

2. Präventionsbereiche

2.1 Jugendkriminalität

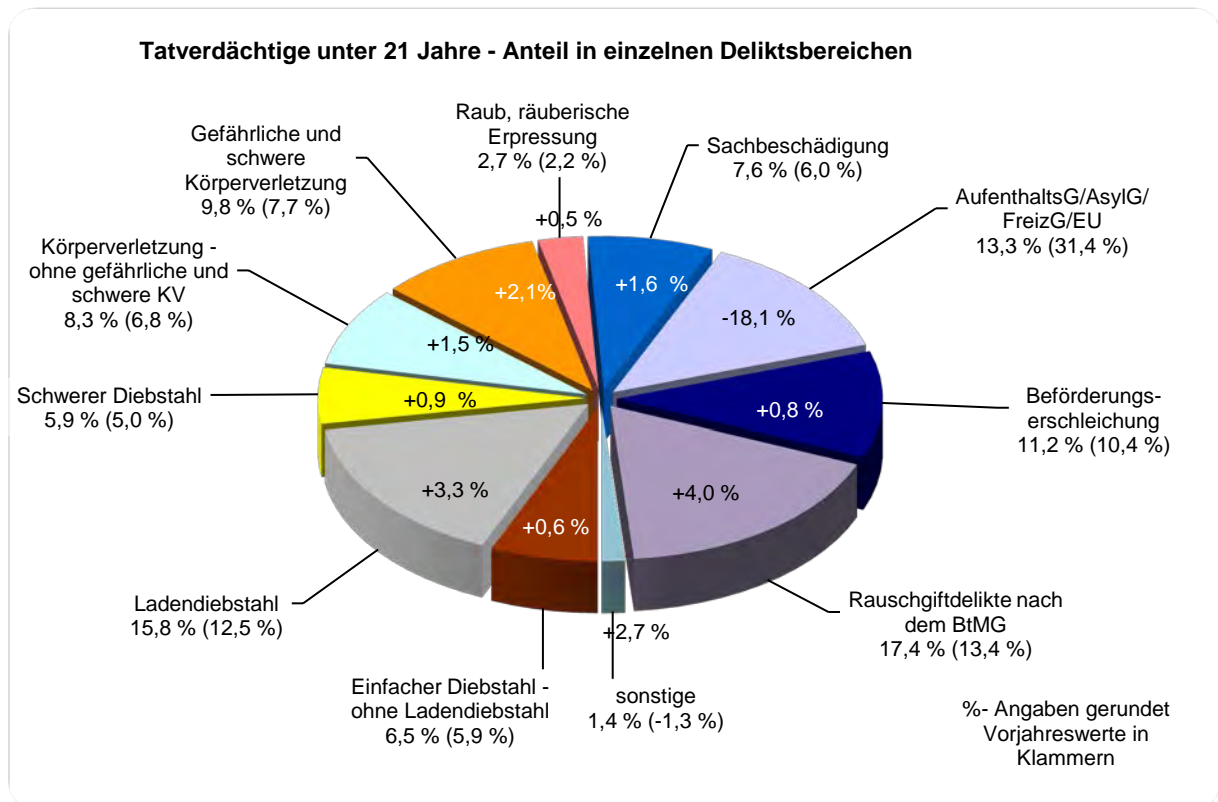
Entwicklung im vergangenen Jahr

Die Tatverdächtigenzahlen (TVZ) bei den bis 21-Jährigen sind im Betrachtungszeitraum um 5.327 auf 31.283 gesunken (-14,55 %).

Beachtlich ist der Rückgang bei der Altersgruppe der Heranwachsenden. Hier ist ein Minus von 21,40 % und bei den Jugendlichen ein Rückgang um 11,95 % zu verzeichnen. Hingegen wurden im Bezug zum Vorjahr 372 tatverdächtige Kinder mehr registriert.

	2016	2017	+/-	Entwicklung +/- in %
Kinder (0>14 Jahre)	3.474	3.846	+ 372	+10,71%
% an Gesamt Jugend (2016: 36.610) (2017: 31.283)	9,49%	12,29%		
% an Gesamt TV (2016: 178.260) (2017: 157.808)	1,95%	2,44%		
Jugendliche (14>18 Jahre)	14.747	12.984	- 1.763	-11,95%
% an Gesamt Jugend (2016: 36.610) (2017: 31.283)	40,28%	41,50%		
% an Gesamt TV (2016: 178.260) (2017: 157.808)	8,27%	8,23%		
Heranwachsende (18>21 Jahre)	18.389	14.453	- 3.936	-21,40%
% an Gesamt Jugend (2016: 36.610) (2017: 31.283)	50,23%	46,20%		
% an Gesamt TV (2016: 178.260) (2017: 157.808)	10,32%	9,16%		
Jugend Gesamt (0>21 Jahre)	36.610	31.283	- 5.327	-14,55%
% an Gesamt TV (2016: 178.260) (2017: 157.808)	20,54%	19,82%		

Deliktische Entwicklung der TVZ bei Tatverdächtigen bis 21 Jahre



Ein Anstieg in der Altersgruppe ist bei den Rauschgiftdelikten nach dem BtMG zu verzeichnen. Hier stieg die Zahl der Tatverdächtigen um 554 TV auf 5.443 TV an. Steigende Zahlen sind auch in den Deliktgruppen des Ladendiebstahls, der gefährlichen und schweren Körperverletzung und der Sachbeschädigung zu verzeichnen. Im Bereich der ausländerrechtlichen Verstöße wurden im Jahr 2017 4.155 Tatverdächtige bis 21 Jahre erfasst, dies ist ein prozentualer Rückgang von 18,3% zum Vorjahr.

Straftaten an Schulen sind im Berichtsjahr leicht gestiegen. Insgesamt wurden 6.079 Vergehen erfasst, das sind 89 mehr als im Vorjahr. Anstiege sind bei der gesonderten Auswertung mit „Tatort Schule“ im Bereich der Verstöße gegen das BtMG, der Sachbeschädigung und der sogenannten Rohheitsdelikte zu verzeichnen.

Schwerpunkte und Projekte

Die Polizeiliche Jugendarbeit gestaltete sich auch im Jahr 2017 vielfältig. Die Landesjugendkoordination, als Zentralstelle für Polizeiliche Jugendarbeit, die Jugendkoordinatoren der Präsidien und Direktionen und die Jugendsachbearbeiterinnen und Jugendsachbearbeiter beteiligten sich regional, bundes- und

landesweit an einer Vielzahl von kinder- und jugendspezifischen Präventions- und Interventionsprogrammen, -projekten und -maßnahmen.

Die Mitarbeit in Arbeitskreisen / Gremien auf überörtlicher, landes- und bundesweiter Ebene, Beteiligung an Netzwerken, Runden Tischen, Präventionsräten, Arbeitskreisen und Ausschusssitzungen, sowie die Durchführung und Unterstützung von (Groß-)Veranstaltungen wurde als Aufgabe wahrgenommen.

Es wurden Vortrags- und Referententätigkeiten im Rahmen der polizeilichen Fortbildung, bei hessischen Veranstaltungen außerhalb der Polizei sowie außerhessischen polizeiinternen und -externen Fortbildungen durchgeführt. Dabei wurden die verschiedensten Themen für unterschiedliche Zielgruppen aufgearbeitet, bei Veranstaltungen referiert, Schulworkshops, Klassenkonferenzen, Elternabenden und Informationsaustausch an Messeständen usw. durchgeführt. Die Themen waren breit gefächert und regional unterschiedlich.

Im November des Berichtsjahres wurde die 35. Arbeitstagung der Jugendkoordination in den Räumlichkeiten der II. Hessischen Bereitschaftspolizeiabteilung in Lich durchgeführt. Inhaltlich wurden an zwei Tagen die Themen „Prävention und Integration“ und „Polizeiliche Jugendarbeit - Jugendkoordination“ bearbeitet.

Durch turnusmäßig durchgeführte Telefonschaltkonferenzen und Treffen der unterschiedlichen Organisationseinheiten wurden der Informationsfluss und fachliche Austausch, die Analyse, Steuerung und Umsetzung von Informationen zur Jugendkriminalität sowie aktueller Phänomene und Präventionsmaßnahmen auf Arbeitsebene gewährleistet.

Auszüge der Programme, Projekte und Maßnahmen der Präsidien:

Die Jugendkoordinatoren der Polizeipräsidien Frankfurt, Nordhessen und Südosthessen führten Veranstaltungen innerhalb der „Aktionswoche der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen“ (13. - 21. Mai 2017) durch.

Die Aktionswoche war dem Thema „Kein Alkohol unterwegs“ gewidmet. Im Bereich Nordhessen beteiligte sich die Polizei hierbei am Programm HaIT (Hart am LimiT).

Am 31. Mai 2017 fand ein Fachtag zum Thema „Radikalisierung“ im PP Mittelhessen statt. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit von ZK10 (Staatsschutz) und der Jugendkoordination vorbereitet und durchgeführt. Zielgruppen waren weiterführende

Schulen sowie Pädagogen aus Wohngruppen mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern.

Im Juni 2017 fand im PP Westhessen die „Verkehrspräventionswoche“ unter Beteiligung der Jugendkoordination statt und in Frankfurt war die Jugendkoordination mit dem Programm „Kinderkommissar LEON“ auf der Präventionsmeile E 4 am Tag der offenen Tür des PP Frankfurt vertreten.

Wie auch das Vorjahr, war 2017 vom Thema Integration von Flüchtlingen geprägt.

Eine Vielzahl von Maßnahmen wurde in Zusammenarbeit mit Migrationsbeauftragten der Präsidien und weiteren sachlich zuständigen Organisationseinheiten der Polizei erarbeitet, begleitet und/oder durchgeführt. Besuche und Vortragstätigkeiten in oder für InteA¹-Klassen/InteA-Projekten, Wohngruppen oder sonstigen Einrichtungen im Rahmen der Vertrauensbildenden Maßnahmen (Grundlage: Konzeption zum Dialog mit Flüchtlingen/Vertrauensbildung in der Zweitaufnahme) seien beispielhaft genannt.

Gemeinsam mit dem „Netzwerk gegen Gewalt“ führte die Jugendkoordination des PP Mittelhessen eine Veranstaltung „Integration als Baustein von Gewaltprävention“ mit ca. 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Bereich Polizei, Jugendgerichtshilfe, Pädagogik und Schule durch.

Ausblick

Aufgrund der Umsetzungen diverser Konzepte und fortlaufender Projekte und Programme wird auch 2018 das Thema „Integration“ die polizeiliche Jugendarbeit weiter fordern.

Ein Ergebnis der Arbeitstagung im November 2017 war, dass auch Themen rund um den Missbrauch von Alkohol und Drogen die polizeiliche Jugendarbeit beschäftigen.

Für den 1. Fachtag für Jugendkoordinatorinnen und Jugendkoordinatoren, welcher im September 2018 stattfinden soll, ist das Thema „Suchtprävention“ geplant.

Konkret soll es um die Klarstellung gehen, was in diesem Kontext die Aufgaben der Kooperationspartner sind und auf welche Aufgabe sich die polizeiliche Jugendarbeit konzentriert.

¹ Unter dem Titel „Integration und Abschluss (InteA) ist die Erweiterung des hessischen Sprachförderkonzepts auf den Bereich der beruflichen Schulen zusammengefasst.

2018 wird sowohl ein Medienpädagoge / eine Medienpädagogin als auch eine Agentur zur Erstellung von Medien die Zentralstelle unterstützen, so dass die Überarbeitung des Programms „Kinderkommissar LEON“ fortgesetzt werden kann. Beabsichtigt ist in diesem Zusammenhang die Überarbeitung der Homepage und der Bestandsmaterialien.

2.2 Verkehrsprävention

Entwicklung im vergangenen Jahr

Die Zahl der Verkehrsunfälle stieg im Vergleich zum Vorjahr um 8.881 auf jetzt 150.014 an. Trotz des Anstiegs ist die Zahl der Getöteten auf den historischen Tiefstand von 213 zurückgegangen. 145 Menschen erlitten bei einer Gesamtanzahl von 4.644 weniger schwere Verletzungen im Vergleich zu 2016. Erfreulicherweise ging die Zahl der getöteten Kinder um 100% auf null zurück. Die Anzahl der Unfälle, bei denen Fußgänger beteiligt waren, ging um 204 auf 2.846 und die Zahl der hierbei Verletzten um 77 auf 2.159 zurück. Bei den 4.481 Verkehrsunfällen mit Fahrradfahrern/innen ist ein Rückgang um 258 und bei den Verunglückten um 203 Personen zu verzeichnen, hiervon 30 bei den Schwerverletzten und fünf bei den Getöteten. Auch die Unfallzahlen bei den motorisierten Zweirädern sind im Vergleich zum Vorjahr rückläufig, ein Rückgang um 104 Unfälle auf 3.983. Die Zahl der hierbei Verunglückten ging um 113 auf 2.951 zurück. Die Zahl der in Hessen zugelassenen Fahrzeuge stieg im Bereich der Pkw um 55.447 auf 3.549.412 (+1,6%) und bei den Krafträdern um 4.495 auf 323.002 (+2,3%) an.

Schwerpunkte und Projekte

Das im Dialog mit dem Landespolizeipräsidium sowie der Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention des HLKA und den Fachdienststellen für verkehrspolizeiliche Aufgaben erarbeitete Schwerpunktprogramm „Verkehrssicher in Hessen“ bildete auch im Jahr 2017 mit seinen Haupthandlungsfeldern, unter anderem zum Schutz schwächerer Verkehrsteilnehmer sowie innerhalb der Zielgruppe der motorisierten Zweiradfahrer, den Rahmen für die Verkehrsprävention.

Für die bereits 2016 landesweit eingeführte Aktion „MAXimal mobil bleiben - mit Verantwortung“, dem herausragenden hessischen Konzept für Verkehrssicherheitsarbeit mit der Zielgruppe Generation 65+, wurde im März 2017 im Frankfurter Römer durch den Herrn Oberbürgermeister Feldmann gemeinsam mit Herrn

Polizeipräsidenten Bereswill der Startschuss für den Aktionsstart im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main gegeben.

Bemerkenswert ist hier die intensive Zusammenarbeit mit der Frankfurter Verkehrsgesellschaft, die in allen möglichen Bereich des ÖPNV die Aktion intensiv bewirbt. So auch über die Displaytafeln an den Bahnsteigen von S- und U-Bahnhöfen.

Auf dem 22. Deutschen Präventionstag in Hannover präsentierten Vertreter des Landeskriminalamtes Hessen die Kampagne „MAXimal mobil bleiben mit Verantwortung!“ den Messebesuchern. Zwischenzeitlich wurden zahlreiche Anfragen aus anderen Bundesländern entsprechend beantwortet.

Eine der Hauptunfallursachen bei Fußgängern und Radfahrern ist das Thema Ablenkung. Kopfhörer, Mobiltelefon usw. verleiten dazu, die Aufmerksamkeit bei der aktiven Teilnahme im Straßenverkehr zu vernachlässigen. Dies hat teils fatale Folgen. Mit der Kampagne „UFFBASSE - Für mehr Sicherheit im Straßenverkehr“ hat Frankfurt zu „MAXimal mobil bleiben“ eine weitere Ergänzung mit dem Ziel der Aufklärung zu diesem Thema initiiert. Informationsmaterialien mit eigens entworfenem Kampagnenlogo werden im Rahmen von Veranstaltungen sowie bei Kontrollen an Unfallhäufungspunkten bei Aufklärungsgesprächen an die Verkehrsteilnehmer ausgehändigt.

Schwächere Verkehrsteilnehmer standen auch 2017 im Fokus der anderen Polizeipräsidien, so fanden im Bereich des Polizeipräsidiums Südhessen durch besonders geschulte Mitarbeiter der hessischen Polizei Besuche in Senioreneinrichtungen unter dem Motto „Fit und Mobil“ statt. Hierbei wurden die Anwesenden durch Informationen zur Selbsteinschätzung, Überqueren der Straße und beim Umgang mit Rollatoren beraten.

Auf dem 57. Hessentag in Rüsselsheim gab die Polizei Südhessen gemeinsam mit der Unfallkasse Hessen über den gesamten Veranstaltungszeitraum Informationen zum Thema Rückhaltesysteme und Fahrradhelme für Kinder an die Besucher weiter. Mittels Exponaten und dem „Melonentest“ wurde auf die verschiedenen Sicherungsmöglichkeiten hingewiesen.

In Nordhessen wurde sich beispielhaft der Zielgruppe Vorschul- sowie Grundschulkindern im Rahmen des „Tag des Zebrastreifens“ eingebracht. Über einen Zeitraum von zwei Wochen begleiteten Mitarbeiter/innen der Jugendverkehrsschule Polizei Kassel Kinder von Grundschulen auf ihrem Weg zur Schule, um auf das

richtige Verhalten an Fußgängerüberwegen aufmerksam zu machen, unterstützt von der Studiengesellschaft für Straßenmarkierungen e.V. Im Beisein der Kinder wurde auch beispielhaft ein Fußgängerweg saniert und neu bemalt.

Gemeinsam mit dem Polizeipräsidium Südhessen sowie der Rennleitung 110 e. V. hat das Landeskriminalamt im März 2017 die Social-Media-Kampagne „Endspurt! Du hast es in der Hand“ entwickelt. Der Öffentlichkeit vorgestellt wurde die Kampagne durch den hessischen Innenminister Herrn Peter Beuth. Zielgruppe sind die jungen, sportlich ambitionierten Biker sowie die Wiedereinsteiger, die in der Unfallstatistik durch riskante Fahrweise bzw. durch nachlassende Fahrfähigkeiten auffällig sind. Gemeinsam mit der Hochschule RheinMain wurden eigens entsprechende Videoclips und ein Trailerfilm erstellt. Diese wurden über die bekannten Netzwerke wie beispielsweise Facebook und Twitter gestreut. So wurden bislang auf Facebook über eine Million Personen erreicht. Begleitet wurde die Kampagne von allen Präsidien durch landesweite Kontrolltage mit Informationsständen an den bekannten hessischen Biker-Treffs bzw. Motorradrouten.

Die Unfallursache „mangelnde Erkennbarkeit“ innerhalb der Zielgruppe Kinder, Fußgänger und Radfahrer wurde im Herbst landesweit im Rahmen der Aktion „Lass‘ Dich sehen!“ bei Kontrollen an Unfallpunkten und vor Schulen sowie während des Verkehrsunterrichtes durch die Jugendverkehrsschulen thematisiert. Für den Aktionszeitraum wurden durch das HLKA 14.000 reflektierende Schnapparmbänder beschafft und den Präsidien zur Verfügung gestellt.

BOB, die Verkehrssicherheitsaktion des Polizeipräsidiums Mittelhessen, feierte im vergangenen Jahr ihr zehnjähriges Bestehen. Mehrere tausend Besucher wurden im September in Gießen, dortige Messehallen, durch den hessischen Innenminister Herrn Peter Beuth zur großen Geburtstagsfeier begrüßt. Polizei, Unterstützer, Sicherheitsverbände und Vereine boten den Besucherinnen und Besuchern ein informatives Programm rund um die Verkehrsprävention an. So hatten die Besucher die Möglichkeit, durch zahlreiche Fahrsimulatoren sowie einen Reaktionstest die Einschränkungen von Alkoholgenuss sowie Gefahren von überhöhter Geschwindigkeit selbst zu erleben.

Ausblick

Die in den Präsidien durchgeführten Projekte/Aktionen im Rahmen der Aktion MAX werden fortgeführt und ausgebaut. Durch die Zentralstelle für Kriminal – und Verkehrsprävention des Hessischen Landeskriminalamtes werden entsprechende Workshops angeboten und die Gewinnung weiterer landesweiter Kooperationspartner fortgesetzt.

Die Kampagne zum Thema Motorradsicherheit „Endspurt! Du hast es in der Hand!“ wird auch 2018 landesweit fortgeführt. Auf dem 58. Hessentag in der Hansestadt Korbach werden an einem gemeinsamen Stand mit der Zentralen Bußgeldstelle Kassel durch einen Motorradsimulator sowie einen PKW Simulator den Besuchern die Gefahren von nicht angepasster Geschwindigkeit und Ablenkung verdeutlicht.

2.3 Prävention für Senioren

Entwicklung im vergangenen Jahr

Der demographische Wandel bewirkt, dass der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung stetig steigt. Dies nimmt Einfluss auf unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche, damit auch auf die Kriminalitätsentwicklung und die Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen.

Nach landesweiter Umsetzung der "Rahmenkonzeption der Polizei Hessen für das Aufgabenfeld Seniorenprävention" erfolgte im vergangenen Jahr eine einheitliche hessenweite Koordinierung der „Seniorenpräventionsarbeit“ bei der Zentralstelle Kriminal- und Verkehrsprävention des Hessischen Landeskriminalamtes.

Ferner wurde das Thema "Sicherheit für Seniorinnen und Senioren" in allen sieben Polizeipräsidien durch besonders qualifizierte polizeiliche Berater / Beraterinnen betreut.

Ein weiterer Präventionsbaustein wurde durch die landesweite Umsetzung der Konzeption „Letzte Chance Enkeltrick“ unmittelbar bei den Sparkassen und Banken eingeführt.

Zuletzt wurde auch die verkehrspolizeiliche Präventionsarbeit innerhalb der Zielgruppe mit der landesweit eingeführten Aktion „MAXimal Mobil bleiben - mit Verantwortung!“ um einen tragenden Bestandteil ergänzt. Nähere Ausführungen hierzu entnehmen Sie dem Themenbereich der Verkehrsprävention unter Punkt 2.2.

Schwerpunkte und Projekte

Nach der Umsetzung der "Konzeption Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren - SfS" wurden flächendeckend in allen sieben Polizeipräsidien Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren ausgebildet, welche als „Multiplikatoren der Polizei“ fungieren und die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren, z.B. im Rahmen von Präventionsveranstaltungen oder Bürgersprechstunden, über Themen der Kriminal- und/oder Verkehrsprävention informieren.

Durch die Entwicklung und Sensibilisierung eines Gefahrenbewusstseins bei älteren Menschen sowie der Vermittlung konkreter Handlungsempfehlungen und präventiver Lösungsansätze sollten Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM) reduziert und ihr Sicherheitsempfinden verbessert werden.

In diesem Zusammenhang wurde von Januar bis April 2017 zum ersten Mal durch die Gesellschaft Bürger und Polizei Wiesbaden e.V. und das Polizeipräsidium Westhessen eine umfangreiche Kampagne zum Thema „Sicherheit im Alter“ durchgeführt. Ziel war es, die Präventionsaktivitäten im Zusammenhang mit „Straftaten zum Nachteil älterer Menschen“ deutlich zu forcieren. Durch ein Bündel verschiedener Maßnahmen (Vortragsveranstaltungen, „Kaffeefahrten mit der Polizei“, Informationsstände an öffentlichen Plätzen, Aufklärungsaktionen innerhalb verschiedener Bankfilialen u.v.m.) wurden Seniorinnen und Senioren über das Thema aufgeklärt und sensibilisiert.

Als Kooperationspartner konnte dabei die Verlagsgruppe RheinMain gewonnen werden, welche die Kampagne bereits vor ihrem Beginn offensiv in die Öffentlichkeit getragen und bis zum Ende eng begleitet hatte.

Ausblick

Die Leitziele der „Seniorenprävention“ sind die Senkung von Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM), die Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Zielgruppe sowie die Gewährleistung einer sicheren Teilnahme am Straßenverkehr bei Aufrechterhaltung individueller Mobilität. Zu diesem Zweck werden die in den Polizeipräsidien lokal und landesweit umgesetzten Projekte, insbesondere die Gewinnung und Ausbildung von Sicherheitsberatern für Seniorinnen und Senioren, fortgeführt und ausgebaut.

Der weitere Aufbau und die Förderung von Netzwerken sowie die Gewinnung weiterer Kooperationspartner im Rahmen der Präventionsarbeit sind als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzustreben.

Ein in Zusammenarbeit mit der Hochschule RheinMain produzierter Imagetrailer soll spätestens Mitte des Jahres 2018 in den sozialen Netzwerken und im Rahmen von Präventionsveranstaltungen über Straftaten zum Nachteil älterer Menschen, insbesondere das Phänomen „Anruf durch falsche Polizeibeamte“, informieren und aufklären.

2.4 Kriminalpolizeiliche Beratung

Entwicklung im vergangenen Jahr

Der Trend der rückläufigen Fallzahlen im Wohnungseinbruchdiebstahl hat sich im Jahr 2017 deutlich fortgesetzt. Sie beliefen sich auf 8287 Fälle, d. h. es erfolgte eine Reduzierung um 2118 Fälle. Die Anzahl der im Versuch abgebrochenen Einbrüche stieg auf 49,7%, was eine Steigerung um 718 Fälle bedeutet. Diese positive Entwicklung fußt insbesondere auf der Wirksamkeit des „10-Punkte-Programms zur Bekämpfung des WED“, welches im Jahresbericht 2016 vorgestellt wurde. Die mit dem Programm verfolgten Ziele, Reduzierung der Fallzahlen der vollendeten Einbrüche sowie Steigerung der Anzahl der im Versuch abgebrochenen Einbrüche, wurden somit erfüllt.

Schwerpunkte und Projekte

Die „IT-gestützte Beratung“ befindet sich in der Umsetzungsphase. Das im Vorfeld durchgeführte Pilotprojekt hatte gezeigt, dass die Zielsetzungen „Optimierung des Beratungsangebotes“ sowie „Arbeits- und Zeitersparnis der Beraterinnen und Berater“ erreicht werden.

Die Ergebnisse des von der SOKO Institut GmbH aus Bielefeld vorgelegten Abschlussberichtes über die von ihr hessenweit durchgeführte „Evaluation der sicherungstechnischen Beratung“ wurden ausgewertet und fließen in die konzeptionelle Weiterentwicklung der kriminalpolizeilichen Beratung ein.

Die „unter Federführung des Hessischen Landeskriminalamtes eingerichtete Bund-Länder-Projektgruppe „Sicherungstechnische Maßnahmen für Stromtrassen“ hat in ihrem Abschlussbericht Sicherungsempfehlungen für die vier neu geplanten

Höchstleistungstrassen entwickelt. Diese dienen nun als Grundlage für eine bundesweit einheitliche sicherungstechnische Beratung der Übertragungsnetzbetreiber durch die zuständigen Landespolizeibehörden und stellen eine wichtige Grundlage für die Bundesnetzagentur dar.

Mit Unterstützung der kriminalpolizeilichen Beratungsstelle des Polizeipräsidiums Nordhessen erfolgte durch das Hessische Landeskriminalamt die Beratung von Umspann- und Gasbetreiberwerken eines nordhessischen Energieversorgers.

Im Dienstbezirk des Polizeipräsidiums Mittelhessen wurden vier Liegenschaften der Bundesanstalt für Migration und Flüchtlinge sicherungstechnisch beraten.

Hessenweit wurde eine Vielzahl weiterer Sicherheitsberater für Senioren zum Thema Einbruchsprävention ausgebildet bzw. weiterqualifiziert.

Im Dienstbezirk des Polizeipräsidiums Osthessen erfolgte aufgrund einer Messerattacke auf den Mitarbeiter eines überregionalen Handelsunternehmens im Lebensmitteleinzelhandel mit Hauptsitz in Fulda eine intensive Verhaltensberatung des zuständigen Sicherheitsbeauftragten. Die polizeilichen Empfehlungen flossen danach in ein „Interaktives Lernprogramm“ dieser Lebensmittelkette ein und stehen nunmehr der gesamten Belegschaft (rund 5.880 Mitarbeiter) zur Verfügung.

Auch in 2017 war das Hessische Landeskriminalamt wieder intensiv mit den Liegenschaftsbetreuungen „Hessischer Landtag“ und „Flughafen Frankfurt“, insbesondere mit dem neuen Terminal 3, befasst.

Die Zusammenlegung des 14./15. Polizeireviere in Frankfurt zur zweitgrößten polizeilichen Liegenschaft der Stadt erforderte eine intensive beratende Betreuung mit mehreren Ortsterminen.

Im Zuständigkeitsbereich der Polizeistation Seligenstadt erfolgte durch das Hessische Landeskriminalamt die sicherungstechnische Beratung für ein Nato-Tanklager.

Das Interesse von Städten und Kommunen an stationärer Videoüberwachung im öffentlichen Raum hat 2017 noch einmal deutlich zugenommen.

Die "Handlungsempfehlung für die Errichtung und den Betrieb von Videoüberwachungsanlagen im öffentlichen Raum" wurde in 2017 ebenso fortgeschrieben wie der „Pflichtenkatalog für Errichterunternehmen von Videoüberwachungsanlagen“.

Vom Hessischen Landeskriminalamt wurden insgesamt achtzehn Errichterüberprüfungen durchgeführt, um den hohen Standard der gelisteten Unternehmen sicherzustellen.

Alle drei vom Hessischen Landeskriminalamt herausgegebenen Adressennachweise konnten Zuwächse verzeichnen.

Über vorstehende Aktivitäten hinaus wurden hessenweit über 8400 Beratungen durchgeführt und Fachvorträge zum Wohnungseinbruchdiebstahl vor verschiedenen Zielgruppen gehalten.

Viele Aktionen konnten medienwirksam präsentiert werden, zum Teil auch in den sozialen Netzwerken. Die jährlich mit dem Präventionsmobil durchgeführte „Rundreise“ wurde öffentlichkeitswirksam durch den HR und Radio FFH begleitet sowie in Facebook / Twitter gepostet.

Als besondere Aktion in der Vorweihnachtszeit wurden ein Adventskalender zu WED-Themen in kurzen Trailern via Facebook / Twitter an den vier Adventswochenenden online gestellt.

In Sendungen des HR konnten sowohl im Radio als auch im Fernsehen mehrere Beiträge zum Thema Einbruchschutz platziert und somit große Teile der Bevölkerung erreicht werden.

Ausblick

Im Bereich der Sicherung polizeilicher Liegenschaften ist das Hessische Landeskriminalamt in mehrere Objektberatungen mittel- bis langfristig eingebunden, deren Betreuung auch in 2018 erforderlich sein wird (z. B. den Neubau des Polizeipräsidiums Südosthessen in Offenbach, Neubau der Polizeistation Melsungen).

Intensive Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen werden die fünf in Planung befindlichen „Häuser des Jugendrechts“ in Frankfurt, Offenbach, Hanau und Kassel erfordern.

Die Anzahl der Errichter-Überprüfungen wird weiter intensiviert, um den Qualitätsstandard der gelisteten Unternehmen auch zukünftig zu gewährleisten.

Etlliche geplante Videoüberwachungsanlagen im öffentlichen Raum in hessischen Städten und Gemeinden stehen in den nächsten Monaten vor der Umsetzung. Von einem weiter wachsenden Interesse am Einsatz von Videoüberwachungsanlagen ist auszugehen.

Es werden alle Anstrengungen unternommen, die Einführung der IT-gestützten Beratung zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

2.5 Opferschutz, Häusliche Gewalt

Entwicklung im vergangenen Jahr

Die Straftaten im Bereich Häuslicher Gewalt sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,9% (322) auf 8538 Fälle und die Straftaten im Bereich Stalking auf insgesamt 1123 Fälle gestiegen. Dies entspricht einer Zunahme von 5,2% (56).

Schwerpunkte und Projekte

„Opferschutz nach Innen“

Wenn Polizeibedienstete Opfer einer Straftat werden, gilt es als Behörde für die Betroffenen da zu sein und eine bestmögliche Unterstützung zu gewährleisten.

Um diesen wichtigen Bereich im Rahmen des Opferschutzes noch besser abbilden zu können, wurde durch die Opferschutzbeauftragten der Polizeipräsidien und des Hessischen Landeskriminalamtes im November ein Workshop zum Thema „Opferschutz nach innen“ ausgerichtet. Hier wurden konkrete Empfehlungen erarbeitet, die zukünftig in die Arbeit des hessischen Opferschutzes einfließen sollen. Ergänzend hierzu wurde durch das Polizeipräsidium Frankfurt/Main am 08.12.2018 die Veranstaltungsreihe „Polizeibedienstete als Opfer von Gewalt“ gestartet. Hier wurde über das psychosoziale Unterstützungsangebot, die Rolle des ZPD und die Kooperation mit internen und externen Stellen informiert. Ferner wurden aktuelle Informationen über das Dienstunfallwesen und zu Schmerzensgeldansprüchen bereitgestellt.

Informationsveranstaltungen

In allen Polizeipräsidien wurden auch im Jahr 2017 wieder zahlreiche Informationsveranstaltungen zum Thema „Opferschutz“ durchgeführt. Zielgruppen waren hierbei sowohl der eigene Kollegenkreis im Rahmen von Inhouse-Schulungen, als auch Externe. Im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelhessen wurden Veranstaltungen zu den Themen „Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften“ und eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Opferschutz“ vor Studentinnen und Studenten der Rechtswissenschaften durchgeführt. Im Polizeipräsidium Südosthessen erfahren

die seit Dezember 2015 angebotenen Workshops zum Thema „Opferleitfaden“ (inklusive 3. Opferrechtsreformgesetz) großen Zuspruch.

Aktualisierung und Überarbeitung

Auch im Jahr 2017 war es erforderlich, die Gesetzesnovellierungen in den bestehenden Opferleitfaden für die hessische Polizei einzupflegen und in geeigneter Art und Weise an die polizeiliche Sachbearbeitung weiterzugeben.

Durch intensive Informationsveranstaltungen konnten die Opferschutzbeauftragten, Opferschutzkoordinatorinnen und -koordinatoren zeitnah den eigenen Kollegenkreis erreichen. So werden beispielweise alle Kolleginnen und Kollegen, die ihren Dienst beim Polizeipräsidium Westhessen beginnen, hinsichtlich des Themenbereichs Opferschutz beschult. Die Opferschutzbeauftragten der Polizeipräsidien Mittel- und Nordhessen sowie des Hessischen Landeskriminalamtes sind zudem regelmäßig in die Ausbildung des Polizeinachwuchses an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung eingebunden.

Ausblick

Im November 2017 fand die Gründungsversammlung der „Darmstädter Hilfe e.V. - Opfer- und Zeugenberatung Südhessen“ statt. Die Opferhilfeeinrichtung wird voraussichtlich im April 2018 ihren Dienst aufnehmen.

Ebenso wird im Bereich des Polizeipräsidiums Osthessen voraussichtlich im Jahr 2018 eine Opferhilfeeinrichtung für eine professionelle Opfer- und Zeugenberatung zur Verfügung stehen.

Im Bereich des Polizeipräsidium Westhessens ist es beabsichtigt, auch Angehörige der Stadtpolizei oder des Ausländeramtes durch geeignete Informationsmaßnahmen über das Themenfeld „Opferschutz nach innen“ zu erreichen.

2.6 Bankenschutz

KUNO

Um nachhaltig den „Betrug durch missbräuchliche Nutzung von Debitkarten ohne PIN im Lastschriftverfahren“ zu reduzieren, wurde zum Jahresende KUNO, die „Kriminalitätsbekämpfung im Unbaren Zahlungsverkehr unter Nutzung nichtpolizeilicher Organisationsstrukturen“, eingeführt.

KUNO ist ein freiwilliges System der Polizeibehörden und der Wirtschaft. Betroffen ist davon die Nutzung von Girocards im elektronischen Lastschriftverfahren (ELV). Hierbei erfolgt die Bezahlung an der Kasse durch Vorlage der Girocard (Debitkarte) i. V. m. der Abgabe der Unterschrift auf dem Kassenbeleg.

Da Banken und Sparkassen dem Einzelhandel seit Ende 2006 nur noch im Rahmen des Girocard-Verfahrens (Zahlung mit Karte und PIN) Informationen über gesperrte Karten melden, ist eine Sicherheitslücke entstanden: im Lastschriftverfahren können die gemeldeten Karten weiterhin zur Zahlung verwendet werden. Um diese Lücke zu schließen, wurde von der Polizei und dem EHI Retail Institute (EHI, das wissenschaftliche Institut des Handels, zu deren Mitgliedern internationale Handelsunternehmen und deren Branchenvertreter, Hersteller von Konsum- und Investitionsgütern und verschiedene Dienstleister zählen) KUNO entwickelt. Relevante Kontoinformationen polizeilich angezeigter Kartendiebstähle/-verluste werden von der Polizei an eine zentrale Meldestelle übermittelt. Von dort aus werden die Kartendaten an die angeschlossenen Handelsunternehmen weitergegeben, sodass in der Folge Zahlungen mit den gemeldeten Karten nicht durchgeführt werden können.

Angriffe auf Geldautomaten

Seit 2015 kam es in Hessen vermehrt zu Angriffen auf Geldautomaten. Dabei liegt der Schwerpunkt auf „Sprengungen von Geldautomaten“ (besonders schwere Fälle des Diebstahls durch Sprengung von Geldautomaten). 2017 wurden 11 versuchte und 26 vollendete Sprengungen von GA festgestellt.

Nach bisherigen Erkenntnissen des Bundeskriminalamts sind nach niederländischen Gruppierungen vorwiegend regional agierende deutsche Tatverdächtige sowie polnische Tätergruppierungen in diesem Phänomenbereich aktiv. Die hohen Beutesummen (bis in den sechsstelligen Bereich) und die teilweise unzureichende technische Gebäudesicherung bieten hier einen wiederkehrenden Tatanreiz. Dabei

gehen die Täter sehr rücksichtslos vor. Der verursachte Sachschaden übersteigt den Beuteschaden in vielen Fällen deutlich. Daneben entstehen durch die Sprengungen erhebliche Gefahren für unbeteiligte Dritte und die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamte.

Daher werden verstärkte Präventionsmaßnahmen bei den Kreditinstituten sowie intensive repressive Maßnahmen von den Strafverfolgungsbehörden durchgeführt, um die Fallzahlen nachhaltig zu reduzieren.

2.7 Kulturgüterschutz

Illegaler Handel mit Kunst- und Kulturgut

Der illegale Handel mit Kunst- und Kulturgut steht nach Einschätzung internationaler Organisationen wie die UNESCO nach dem Waffen- und Drogenhandel weltweit an dritter Stelle der internationalen Kriminalität. Die Einnahmen daraus belaufen sich schätzungsweise auf mehrere Milliarden US-Dollar pro Jahr. Aktuell sind insbesondere die Länder des Nahen Ostens von Plünderungen und Zerstörungen archäologischer Stätten und Museen betroffen. Das kulturelle Erbe verschwindet zunehmend im Kunsthandel und die Bevölkerung verliert unwiederbringlich ihre kulturellen Wurzeln. Der illegale Kulturguthandel gilt als eine wichtige Finanzierungsquelle für die Bürgerkriegsparteien, insbesondere für den sogenannten „Islamischen Staat“. Die Kulturgüter wurden und werden außer Landes geschmuggelt und mit Unterstützung der Organisierten Kriminalität gewinnbringend in den internationalen Kunsthandel eingeschleust, u.a. nach Europa. Allein der „Islamische Staat“ erwirtschaftete damit nach Einschätzung amerikanischer Behörden mehrere Millionen US-Dollar pro Jahr.

Im Rahmen des neuen Kulturgutschutzgesetzes (August 2016) unterstützte die Koordinierungsstelle Kulturgüterschutz des Hessischen Landeskriminalamtes bereits in 11 Ermittlungsverfahren sowie bei der Kontrolle der Münzbörse „Numismata“ in München durch das Bayerische LKA im März 2017.

Schwerpunkt der Präventionsmaßnahmen in 2017

Die präventive Arbeit der Koordinierungsstelle Kulturgüterschutz fokussierte sich in 2017 erneut auf den Einsatz der Wanderausstellung „Kriminalarchäologie“ des Römisch-Germanischen Zentralmuseums (RGZM) in Mainz. Inhaltlich werden die

Probleme der illegalen Schatzsuche (Raubgrabungen) sowie des illegalen Handels mit archäologischen Kulturgütern im Allgemeinen vorgestellt und anhand von Kriminalfällen konkretisiert, u.a. auch aus Hessen. Vom 20. März bis 03. November 2017 befand sich die Ausstellung im Polizeipräsidium Frankfurt/M., davor im Museum Römerkastell Saalburg bei Bad Homburg v.d.H. Seit 2011 hatten mehrere Tausend Besucher an insgesamt 19 Standorten in Hessen und anderen Ländern in Deutschland die Möglichkeit, sich über dieses Kriminalitätsphänomen zu informieren, darunter auch Polizeibeamte, Staatsanwälte und Richter. Begleitet wurde die Ausstellung vom Hessischen Landeskriminalamt gemeinsam mit dem RGZM durch Sonderführungen und Vorträge. Im Europäischen Kulturerbejahr 2018 ist eine Neuauflage der Wanderausstellung beabsichtigt.

Ebenso ist das Hessische Landeskriminalamt gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt assoziierter Partner in dem Bundesforschungsprojekt ILLICID beteiligt, das bezüglich des illegalen Kulturgüterhandels aus dem Nahen Osten eine Dunkelfeldforschung betreibt.

2.8 Städtebauliche Kriminalprävention

Entwicklung im vergangenen Jahr

Die regionale Zusammenarbeit mit Bauämtern, Architekten und der Wohnungswirtschaft hat sich verstetigt. Die Anzahl der eingeforderten Stellungnahmen zum Thema „Städtebauliche Kriminalprävention“ ist bezogen auf das gesamte Land Hessen gleichgeblieben, wobei eine höhere Berücksichtigung der Empfehlungen wünschenswert wäre.

Schwerpunkte und Projekte

In allen Präsidien wurde das Gütesiegel „Sicher Wohnen in Hessen“ intensiv beworben und einige Projekte befinden sich in der Beratungs- und Umsetzungsphase. Das Polizeipräsidium Frankfurt hat mit dem Bauprojekt „Guaitastraße 26-32“ im Frankfurter Stadtteil Ginnheim ein Gütesiegel-Projekt bis zur Siegelverleihung begleitet. Beim Projekt „Westline“ in der Carl-Hermann-Rudloff-Allee in Frankfurt erfolgte nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes eine Teilverleihung des Gütesiegels. Die Betreuung für die weiteren Bauabschnitte wird fortgesetzt.

Das Polizeipräsidium Westhessen betreut in Schwalbach am Taunus durch die Beteiligung am Projekt „Umgestaltung unterer Marktplatz“ ein größeres, langfristiges städtebauliches Projekt.

Das Polizeipräsidium Nordhessen beteiligt sich über die Mitwirkung in einem Expertengremium an der aktuellen Überarbeitung der „Charta für Baukultur“ der Stadt Kassel, um die Grundgedanken der städtebaulichen Kriminalprävention einzubringen. Das Ursprungspapier wurde 2013 erarbeitet und fasst Leitsätze für eine qualitätvolle Kasseler Baukultur zusammen.

Das Polizeipräsidium Mittelhessen setzte seine erfolgreiche Beteiligung an dem Projekt „EinSicht - Marburg gegen Gewalt“ fort, in dessen Rahmen städtebauliche Umgestaltungen im Stadtgebiet Marburg in Planung sind.

Das Polizeipräsidium Südhessen intensivierte seine Zusammenarbeit mit der Schader-Stiftung, die über ihren Zweck der Förderung der Gesellschaftswissenschaften Veranstaltungen zum Thema „Städtebau“ durchführt. Durch die Beteiligung des Polizeipräsidiums Südhessen an entsprechenden Workshops können die Gedanken der „städtebaulichen Kriminalprävention“ eingebracht werden.

Das Hessische Landeskriminalamt unterstützte die bundesweite Projektgruppe „Städtebau und Einbruchschutz“ der „Kommission Polizeiliche Kriminalprävention“ bei der Überarbeitung des Themenschwerpunkts „Städtebauliche Kriminalprävention“ im Internetauftritt des ProPK (www.polizei-beratung.de).

Das europäische Forschungsprojekt „DRUSEC“ der Goethe-Universität in Frankfurt startete unter Beteiligung des HLKA als assoziierter Partner. Das Projekt beschäftigt sich mit der Erforschung der Auswirkungen des öffentlichen Drogenkonsums in der Stadt, der damit verbundenen objektiven und subjektiven Gefährdung des Einzelnen. Ebenso wird der Einfluss der Einrichtung von „Drogenkonsumräumen“ als stadtplanerisches Mittel untersucht.

Prognose/Ziele

Durch vermehrte Kontaktaufnahme und Beratung von möglichen Adressaten im letzten Jahr befinden sich mehrere Projekte des Gütesiegels „Sicher Wohnen in Hessen“ in der Antragsphase. Dadurch kann mit mehr Verleihungen des Gütesiegels gerechnet werden.

Darüber hinaus ist aufgrund zu priorisierender Aufgabenwahrnehmung nicht mit einer Intensivierung der polizeilichen Beratung auf dem Gebiet der städtebaulichen Prävention zu rechnen.

2.9 Prävention Cybercrime

Entwicklung im vergangenen Jahr

Das Internet ist als fester Bestandteil unserer vernetzten Welt kaum noch wegzudenken, gleichzeitig eröffnet es Kriminellen immer neue Wege, ihre Opfer zu schädigen. Aufgabe der Prävention Cybercrime ist es, bereits im Vorfeld tätig zu werden, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und so das persönliche Risiko, Opfer einer Straftat im digitalen Raum zu werden, zu senken.

Schwerpunkte und Projekte

Im Jahr 2017 wurden fortlaufend aktuelle Phänomene aus dem Bereich Cybercrime analysiert, die gewonnenen Erkenntnisse zielgruppenorientiert aufbereitet und an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben. In den sozialen Netzwerken wurden beispielsweise Fachbeiträge zu den Themen „E-Mail SPAM Wellen“, Verschlüsselungstrojaner, Schadsoftware und Falschmeldungen im Internet („Hoax“) veröffentlicht. Die nachhaltige Vermittlung von kompaktem Basiswissen stand auch in diesem Jahr wieder schwerpunktmäßig im Zentrum der Arbeit der Fachberaterinnen und Fachberater Prävention Cybercrime. Dieser Aufgabe wurde durch vielfältige Präventionsveranstaltungen im Rahmen von lokalen Multiplikatorenschulungen in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnern (IHK, VHS, Verbraucherzentralen etc.) Rechnung getragen. Das Beratungsangebot der Prävention Cybercrime, an das sich Bürgerinnen und Bürger per E-Mail, Telefon oder auch persönlich wenden können, wurde sehr gut angenommen.

Anlässlich des „Safer Internet Day“ am 07. Februar 2017 wurden, unterstützt durch die TU Darmstadt und die Verbraucherzentrale Hessen, mehrere Präventionsveranstaltungen durch die Fachberatungen Cybercrime in den Polizeipräsidien initiiert. Thematisch wurden den Teilnehmenden durch das „Anti-Phishing-Training“ der TU Darmstadt grundlegende Kenntnisse vermittelt, um Phishing wirksam zu erkennen und sich so davor schützen zu können.

Als wichtige Schwerpunkte des Jahres 2017 haben sich die Bereiche „CEO-Fraud“ und „Malware“ (Schadsoftware) herausgestellt.

Beim „CEO-Fraud“ versuchen Kriminelle, arglose Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu zu bewegen, finanzielle Transaktionen zu Gunsten der Täter durchzuführen.

Hierbei geben sie sich als Entscheidungsträger in der Firmenhierarchie aus.

Im Bereich Schadsoftware war der Hauptverbreitungsweg noch immer das Versenden von infizierten Anhängen und im Bereich Smartphone die Installation von infizierten Apps aus unsicheren Quellen.

Um seitens der Prävention Cybercrime zeitnah Antworten auf diese Bedrohungen zu finden, wurden im Jahr 2017 verstärkt die „Social Media“ Kanäle der hessischen Polizei genutzt, um so Präventionsbotschaften gezielt an digital-affine Bevölkerungsgruppen zu adressieren.

Ausblick

Ziel der Prävention Cybercrime wird es auch zukünftig sein, landesweit neue Methoden von Cyberkriminellen zu verfolgen, zu analysieren und diesen Herausforderungen mit zielgerichteten Präventionsmaßnahmen zu begegnen. Es ist zu erwarten, dass der Bereich „Internet of Things“ (IoT) und „Smart Home“ weiter an Bedeutung gewinnen werden und so auch die Prävention Cybercrime vor entsprechende Herausforderungen gestellt wird.

2.10 Migration

Entwicklung im vergangenen Jahr

Im Arbeitsbereich der Migrationsbeauftragten stellten auch in 2017 die vertrauensbildenden Maßnahmen mit der Zielgruppe neuer Migranten einen Aufgabenschwerpunkt. Zunehmende politische Spannungen (national sowie international) heben die Bedeutung des Dialogs und der vertrauensbildenden Maßnahmen mit den jeweils relevanten Migrantenorganisationen hervor.

Vertrauensbildende Maßnahmen mit Flüchtlingen in der Zweitaufnahme

In 2017 wurde durch die AG Flüchtlinge zu den bereits bestehenden Teilmodulen der Vertrauensbildung und der Gewaltprävention zusätzlich das Teilmodul „Alkohol- und Drogenmissbrauch und ihre strafrechtlichen Konsequenzen“ für die Zielgruppe der

Flüchtlinge erarbeitet und angeboten. Insgesamt wurden bei 197 Veranstaltungen (alle Teilmodule) ca. 4.300 Personen erreicht. Bei 46 Veranstaltungen speziell für unbegleitete minderjährige Ausländer wurden ca. 900 Personen erreicht.

Krisenintervention

Im Rahmen von Gefährdungslagen und Kriseninterventionen² wurden die Migrationsbeauftragten bei ca. 160 Fällen (2016 waren es 124 Fälle) als Berater und Kulturmittler hinzugezogen. Insgesamt nahm dies in der Unterstützung der Sachbearbeitung durch Beratung, in Gesprächen und in der Nachbereitung ca. 750 Arbeitsstunden in Anspruch (2016 waren es ca. 800 Arbeitsstunden).

Interne Veranstaltungen durch und mit Beteiligung von Migrationsbeauftragten

Im Rahmen von Informationsveranstaltungen konnten unter Beteiligung der Migrationsbeauftragten insgesamt 65 Veranstaltungen zu diversen Themen³ durchgeführt werden. Hierdurch wurden ca. 1.250 Beschäftigte der Polizei informiert.

Dialogmaßnahmen und externe Referententätigkeiten

Zusätzlich zu den vertrauensbildenden Maßnahmen mit Flüchtlingen in den Zweitaufnahmeeinrichtungen vermittelten die Migrationsbeauftragten im Rahmen der Dialogmaßnahmen in ca. 300 Kontakten/Veranstaltungen Informationen zu diversen Präventionsthemen⁴ an die Zielgruppe der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Ca. 2.900 Personen wurden erreicht.

Arbeitskreis Sicherheit für Alle (AK SifA)

Sowohl auf Landesebene als auch bei den lokalen Teilprojekten des AK SifA in den Polizeipräsidien Westhessen und Südosthessen wird der Austausch in Themen der Prävention fortgeführt.

In den lokalen Umsetzungen des AK SifA wurden in 2017 weiterhin Präventionsbotschafter bezüglich Themen der polizeilichen Präventionsarbeit informiert und sensibilisiert.

² Kriseninterventionsfälle: häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Gewalt im Namen der Ehre, Familienstreitigkeiten, Nötigungen, Tötungsdelikte, Gefährderansprachen.

³ Themen: Gewalt im Namen der Ehre, Differenzierung Islam/Islamismus, Kulturspezifische Vorträge, Aufgaben der Migrationsbeauftragten

⁴ Präventionsthemen: Verkehrsprävention, Opferschutz, Gewaltprävention, Internet/Neue Medien, Kinder-/Jugendschutz, Seniorenprävention und Suchtprävention.

Anfragen im Kontext der Extremismusprävention

Die Migrationsbeauftragten wurden in 2016 in 36 Fällen zur Extremismusprävention angefragt und verwiesen nach Rücksprache in ihren Behörden auf die zuständigen Institutionen, wie beispielsweise das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE), Violence Prevention Network (VPN), das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (LfV) oder den polizeilichen Staatsschutz. Insbesondere informierten sich besorgte Eltern oder Lehrerinnen und Lehrer über den Salafismus bzw. über Verhaltensauffälligkeiten im religiösen Kontext.

Unterstützung der Nachwuchsgewinnung

Bei Berufsinformationstagen, Veranstaltungen in Migrantenvereinen und der Nacht der Bewerber unterstützten die Migrationsbeauftragten die Einstellungsberater/innen hinsichtlich der Zielgruppe junger Menschen mit Migrationshintergrund. Dadurch konnten bei 55 Veranstaltungen ca. 2.800 Personen erreicht werden (in 2016 wurden bei 58 Veranstaltungen ca. 2.500 Personen erreicht).

Ausblick

Die vertrauensbildenden und Präventionsmaßnahmen mit Flüchtlingen werden mittelfristig ein relevantes Thema für die Aufgaben der Migrationsbeauftragten bleiben. Hier gilt es ebenso zu beobachten, inwiefern sich mittelfristig Selbstorganisationen der neuen Migrantengruppen abbilden. Ebenso ist die Durchführung des zweiten Fortbildungsseminars für Migrationsbeauftragte geplant sowie die fortlaufende Qualifizierung in den Arbeitsbereichen vertrauensbildende Maßnahmen und Gefährdungslagenmanagement.

2.11 Netzwerk gegen Gewalt

Das Netzwerk gegen Gewalt versteht Gewaltprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Getragen wird es vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, vom Hessischen Kultusministerium, vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und vom Hessischen Ministerium der Justiz. Es will Beiträge zur Intensivierung der Kooperation aller in der Gewaltprävention tätigen Akteure leisten.

Organisation und Personalia

Das strategische Steuerungsinstrument des Netzwerks gegen Gewalt ist die ressortübergreifend besetzte Lenkungsgruppe. Ihr gehört je eine Vertreterin oder ein Vertreter des das Netzwerk gegen Gewalt tragenden Ministeriums an.

Die Zentrale Geschäftsstelle des Netzwerks gegen Gewalt steuert die operative Tätigkeit des Netzwerks gegen Gewalt, koordiniert die Maßnahmen der Regionalen Geschäftsstellen und übt die Fachaufsicht über diese aus. Die Zentrale Geschäftsführung wird durch je eine Vertreterin oder einen Vertreter des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport sowie des Hessischen Kultusministeriums wahrgenommen.

Die regionale Ebene des Netzwerks gegen Gewalt bilden sieben regionale Geschäftsstellen in den Polizeipräsidien.

Zentrale Aktivitäten, Programme und Projekte

Prävention im Team (PiT-Hessen)

Das Gewaltpräventionsprogramm für weiterführende Schulen, PiT-Hessen, wurde im Schuljahr 2016/2017 an 96 Schulen angeboten. Das PiT-Programm hat eine eigene Programmleitung, die vom Hessischen Kultusministerium abgeordnet und an die Zentrale Geschäftsstelle angegliedert ist.

Ein Kooperationsvertrag zwischen den Ressorts Inneres, Kultus und Soziales regelt die Aufgaben der verantwortlichen Ministerien im Programm PiT-Hessen.

Gewalt – Sehen – Helfen

Das Programm „Gewalt – Sehen – Helfen“ wird seitens des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport den Landkreisen und Kommunen in Hessen angeboten. 2017 beteiligten sich insgesamt 20 Kommunen und Landkreise an diesem Programm (weitere Informationen zum Programm: www.gewalt-sehen-helfen.hessen.de).

Medienkompetenz für Erwachsene

In nahezu jedem Zuständigkeitsbereich der Regionalen Geschäftsstellen gibt es ein Netzwerk von Einrichtungen, Initiativen und Akteuren zu medienpädagogischen Themen. Die Verbesserung der Kooperation der regionalen Akteure im Bereich Medienkompetenz und eine Optimierung der Wirksamkeit der Maßnahmen sind

Hauptziele der Netzwerkknoten. Die einzelnen Mediennetzwerke konnten z. B. Fachveranstaltungen und Fortbildungen für Tätige im Bereich der Medienkompetenz anbieten. In 2017 wurden regional Veranstaltungen zum Thema „Hate speech“ durchgeführt.

Gewalt im Namen der Ehre

Die Arbeit an einer aktualisierten Neuauflage der Broschüre „Gewalt im Namen der Ehre“ wurde 2017 fertiggestellt. Landesweite Maßnahmen waren die Durchführung der Fachtagung „Gewalt im Namen der Ehre. Hinsehen. Handeln. Helfen.“ am 20.03.17 mit 200 Teilnehmenden sowie die Unterstützung des Theaterstücks „Mein Leben. Meine Liebe. Meine Ehre.“, das 770 Schülerinnen und Schüler besuchten.

Die Weiterführung dieses Themas erfolgte auch durch regionale Schwerpunktsetzung. Hierzu gehörte weiterhin die Begleitung der Umsetzung des Berliner Gleichstellungsprojektes „HeRoes“ als Pilotprojekt in Offenbach. Im Januar wurden acht junge Männer als „HeRoes“ zertifiziert, die seitdem Workshops zur Ehrgehalt an Schulen durchführen.

Mobbing

Die Nachfrage nach der Informationsbroschüre des Netzwerks gegen Gewalt „Mobbing – Ein Wegweiser zur Mobbingprävention und Mobbingintervention in Hessen“ war auch im Berichtsjahr sehr groß. Eine ergänzende Handreichung zur Mobbingprävention und Mobbingintervention wurde durch die Arbeitsgruppe Mobbing erstellt.

Sexualisierte Gewalt

Im Berichtsjahr unterstützte das Netzwerk gegen Gewalt sowohl landesweit als auch regional die Umsetzung der bundesweiten Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu sexuellem Missbrauch „Trau dich!“.

Qualität von Prävention/Präventionsprogrammen

Das Netzwerk gegen Gewalt will bei der Suche und Auswahl geeigneter Gewaltpräventionsprogramme Hilfestellung leisten. Auf der Homepage des Netzwerks ist ein Fragenkatalog abrufbar, der Verantwortlichen Hilfe und Orientierung bietet.

Öffentlichkeitsarbeit

Ein Schwerpunkt öffentlicher Kommunikation ist die Internetseite des Netzwerks gegen Gewalt. Die Homepage informiert über unsere Arbeit unter:

www.netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de

Das Netzwerk gegen Gewalt war mit einem Informationsstand auf dem 22. Deutschen Präventionstag in Hannover vertreten.

Kooperationen von besonderer Bedeutung

Die Zusammenarbeit mit dem Projekt des Hessischen Kultusministeriums „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD) wurde fortgeführt.

2.12 Freiwilliger Polizeidienst

Der Freiwillige Polizeidienst wurde seit Abschluss der überaus positiv verlaufenen Pilotphase im Dezember 2001 auf der Grundlage sogenannter Koordinationsverträge bei hessischen Städten und Gemeinden intensiv ausgebaut.

Ende 2017 beteiligten sich insgesamt 96 Kommunen am Freiwilligen Polizeidienst mit rund 660 (Anzahl nach Abschluss der Verträge) Polizeihelferinnen und Polizeihelfern. Der Freiwillige Polizeidienst in Städten, Gemeinden und auf Landkreisebene hat sich als eine sinnvolle und wirksame Präventionsmaßnahme zur Erhöhung der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger erwiesen.

Aufgrund der positiven Erfahrungen der Kommunen und der Polizei mit dem Einsatz der freiwilligen Polizeihelferinnen und Polizeihelfer sowie der positiven Resonanz aus der Bevölkerung wird der Freiwillige Polizeidienst in Hessen auch in 2017 - u. a. im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit - weiter ausgebaut.

3. Bewertung, Prognose und Ausblick für 2018

Inzwischen ist anhand verschiedenster Zahlen und deren Entwicklung nachweisbar, wie erfolgreich die Präventionsarbeit der hessischen Polizei in allen Bereichen wirkt. Hierzu zählen insbesondere die sinkenden Unfallzahlen in den präventiv bearbeiteten Schwerpunktbereichen, der ständig steigende Anteil an Wohnungseinbrüchen, die im Versuch abgebrochen werden (müssen), die rückläufige Entwicklung der Jugendkriminalität in den Zuständigkeitsbereichen der Häuser des Jugendrechts, der Rückgang der Opferzahlen im Zusammenhang mit Häuslicher Gewalt nach entsprechender präventiver Schwerpunktsetzung und vieles mehr.

Trotzdem will die Polizei in enger Kooperation mit den anderen Präventionsträgern noch besser werden. Hierzu zählt u. a. die Einführung einer Tablet-basierten sicherungstechnischen Beratung, um den Umsetzungsgrad der polizeilichen Sicherheitsempfehlungen zu erhöhen, die Eröffnung weiterer Häuser des Jugendrechts u. a. in Frankfurt/M. und Offenbach, die verkehrspräventive Kampagne „Du hast es in der Hand“ zur Reduzierung von Motorradunfällen und die Fortsetzung der Präventionsarbeit für die Zielgruppe Flüchtlinge bezüglich der Verhinderung von Gewalt im sozialen Nahraum und der Verhinderung von Alkohol- oder Drogenmissbrauch.

Zur Abwehr terroristischer Bedrohungen in Verbindung mit der Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung werden die sicherungstechnischen Experten des HLKA 2018 verstärkt Städte und Gemeinden, bzw. Polizeipräsidien und -direktionen zum Thema Anfahrtschutz (kurz- mittel- und langfristige Lösungen) beraten.

Für das Jahr 2018 werden insbesondere von der kommunalen **Präventionsinitiative KOMPASS** (Kommunalprogramm Sicherheitssiegel) des Hessischen Innenministeriums zur Stärkung der Sicherheit in den hessischen Städten/Gemeinden und des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger wesentliche Impulse für die Weiterentwicklung der polizeilichen und kommunalen Kriminalprävention erwartet.

4. Anlagen

4.1 Tabelle Kennzahlen 2017

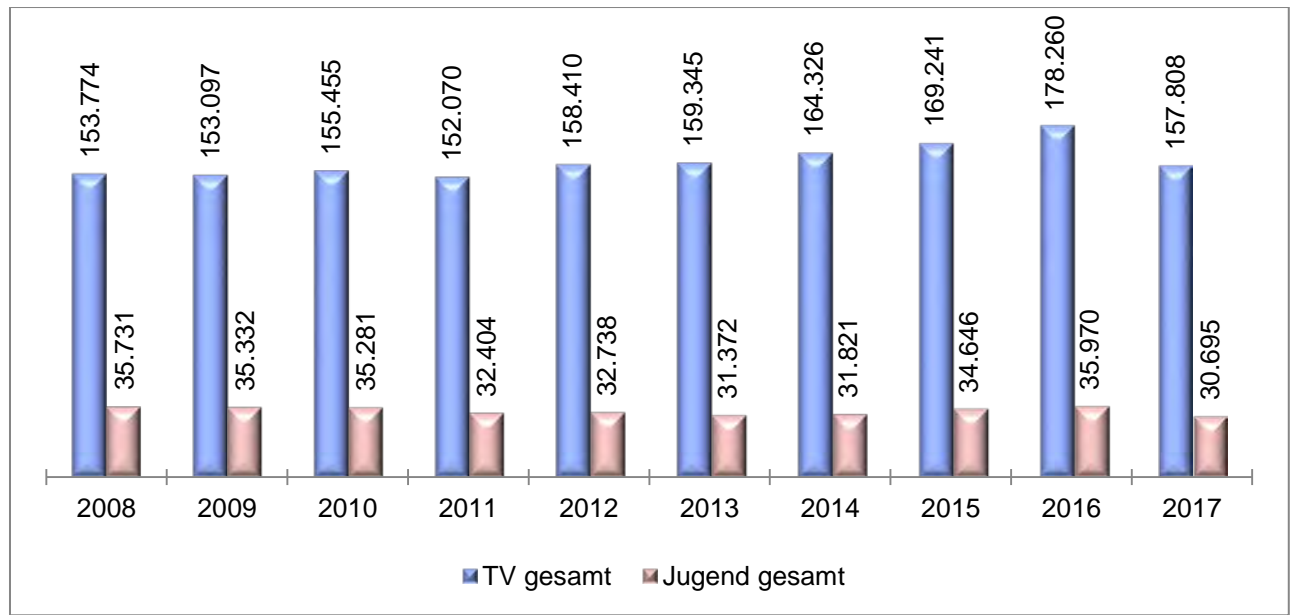
	Gesamt 2016	Gesamt 2017
Mitarbeiter, die hauptamtlich in der Prävention tätig sind (PP und PD)	264	273
Sicherheitstechnische Beratungen	7.965	8.430
Präventionsveranstaltungen an Schulen	1.365	5.381
Präventionsveranstaltungen außerhalb von Schulen	2.350	4.061
Interne Schulungen	734	211
Netzwerk gegen Gewalt Anzahl der Netzwerkpartner (Institutionen, ggf. Sachraten etc.)	346	198
Netzwerk gegen Gewalt Anzahl Runder Tische, Netzwerke, Aktionsbündnisse an denen das Netzwerk gegen Gewalt teilnimmt	entfällt ⁵	25
Netzwerk gegen Gewalt Anzahl der durchgeführten Präventions-Aktionen	30	74
Netzwerk gegen Gewalt Anzahl der Teilnehmenden bei durchgeführten Veranstaltungen	3.984	2.448
Veranstaltungen an denen das Netzwerk gegen Gewalt repräsentiert hat (Messen, Tag der offenen Tür, Infostände)	entfällt ⁶	22

⁵ Kennzahl wurde erstmalig 2017 erhoben.

⁶ Durch die Umstellung des Erhebungsrasters für das Jahr 2017 ist eine Vergleichbarkeit mit den Zahlen der Vorjahre nur bedingt gegeben.

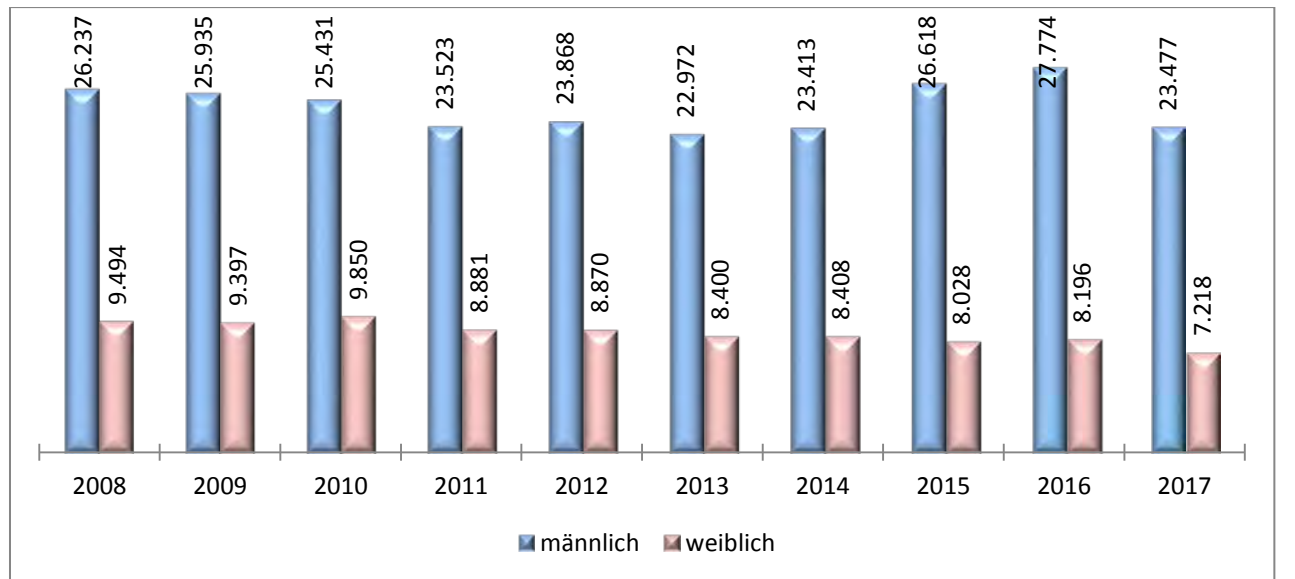
4.2 Tabellen Jugendkriminalität

TV Gesamt im Bezug zu TV Jugend (8 < 21 Jahre)



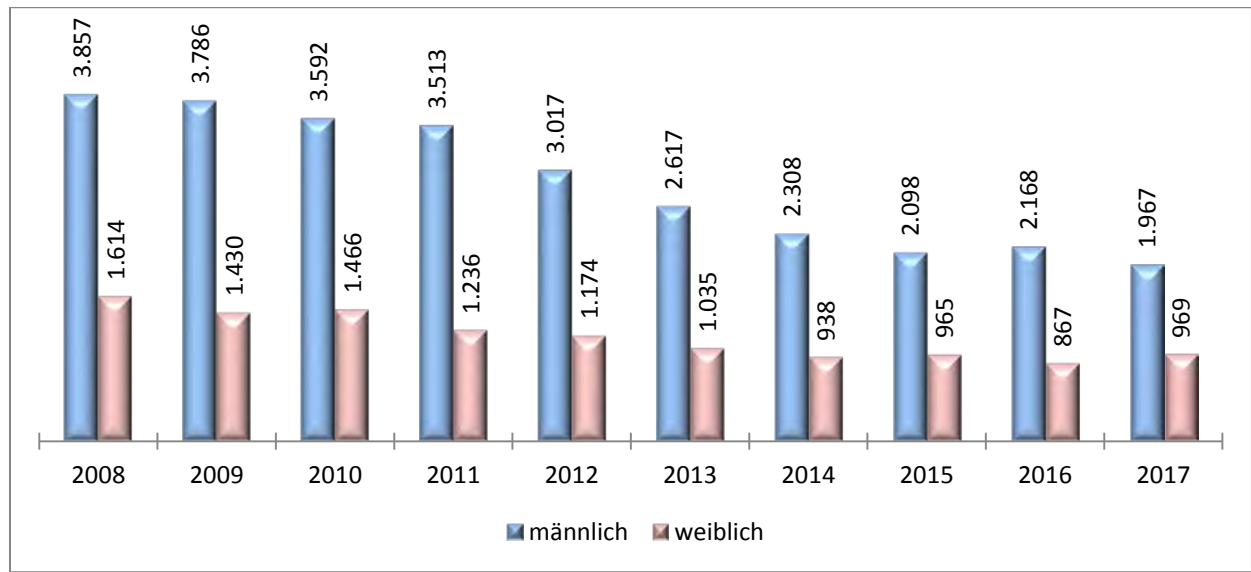
Jahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
TV gesamt	155.334	153.774	153.097	155.455	152.070	158.410	159.345	164.326	169.241	178.260	157.808
Jugend gesamt	36.188	35.731	35.332	35.281	32.404	32.738	31.372	31.821	34.646	35.970	30.695
Anteil in %	23,3%	23,2%	23,1%	22,7%	21,3%	20,7%	19,7%	19,4%	20,5%	20,2%	19,5%

TV Gesamt (8 < 21 Jahre)



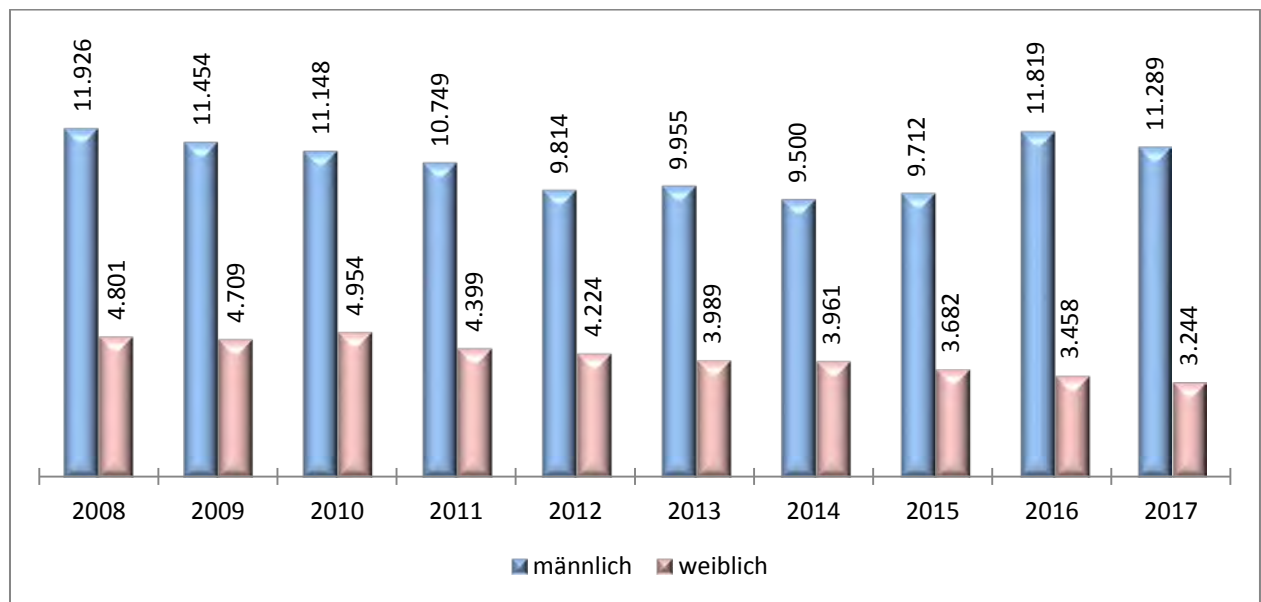
Jahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Jugend gesamt	36.188	35.731	35.332	35.281	32.404	32.738	31.372	31.821	34.646	30.695
männlich	26.781	26.237	25.935	25.431	23.523	23.868	22.972	23.413	26.618	23.477
Anteil in %	74,0%	73,4%	73,4%	72,1%	72,6%	72,9%	73,2%	73,6%	76,8%	76,5%
weiblich	9.407	9.494	9.397	9.850	8.881	8.870	8.400	8.408	8.028	7.218
Anteil in %	26,0%	26,6%	26,6%	27,9%	27,4%	27,1%	26,8%	26,4%	23,2%	23,5%

TV Kinder (8 < 14 Jahre)



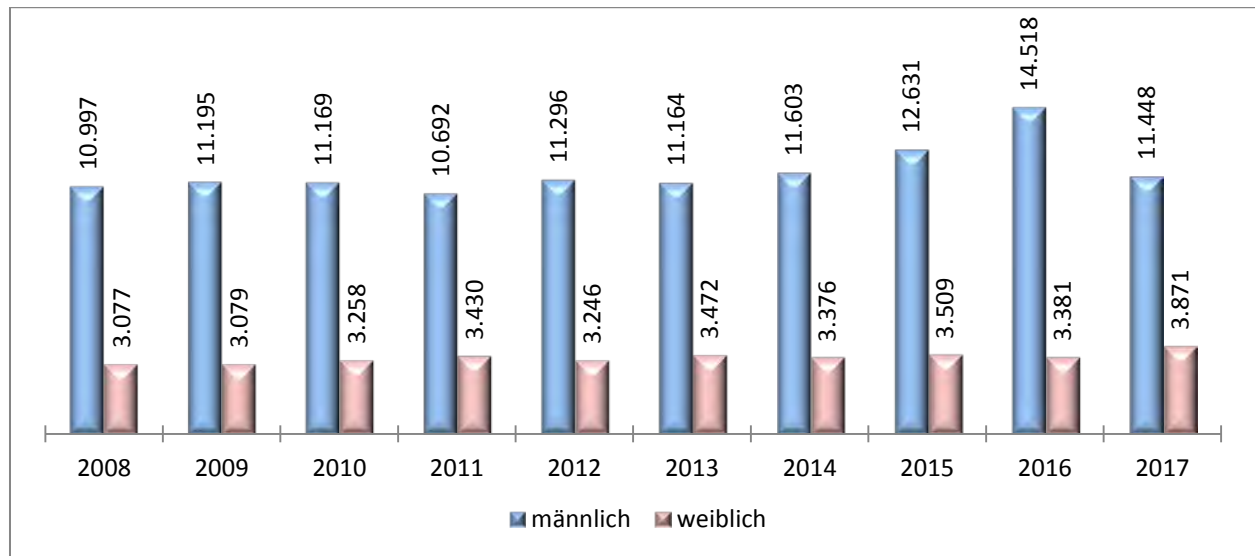
Jahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kinder	5.441	5.400	5.022	4.979	4.253	3.791	3.343	3.036	3.133	2.834	3.258
männlich	3.857	3.786	3.592	3.513	3.017	2.617	2.308	2.098	2.168	1.967	2.289
Anteil in %	70,9%	70,1%	71,5%	70,6%	70,9%	69,0%	69,0%	69,1%	69,2%	69,4%	70,3%
weiblich	1.584	1.614	1.430	1.466	1.236	1.174	1.035	938	965	867	969
Anteil in %	29,1%	29,9%	28,5%	29,4%	29,1%	31,0%	31,0%	30,9%	30,8%	30,6%	29,7%

TV Jugendliche (14 < 18 Jahre)



Jahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Jugendliche	16.672	16.255	15.857	15.703	14.213	14.179	13.489	13.673	15.501	14.747	12.984
männlich	11.926	11.454	11.148	10.749	9.814	9.955	9.500	9.712	11.819	11.289	9.740
Anteil in %	71,5%	70,5%	70,3%	68,5%	69,0%	70,2%	70,4%	71,0%	76,2%	76,6%	75,0%
weiblich	4.746	4.801	4.709	4.954	4.399	4.224	3.989	3.961	3.682	3.458	3.244
Anteil in %	28,5%	29,5%	29,7%	31,5%	31,0%	29,8%	29,6%	29,0%	23,8%	23,4%	25,0%

TV Heranwachsende (18 <21 Jahre)



Jahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Heranwachsende	14.075	14.076	14.453	14.599	13.938	14.768	14.540	15.112	16.012	18.389	14.453
männlich	10.998	10.997	11.195	11.169	10.692	11.296	11.164	11.603	12.631	14.518	11.448
Anteil in %	78,1%	78,1%	77,5%	76,5%	76,7%	76,5%	76,8%	76,8%	78,9%	78,9%	79,2%
weiblich	3.077	3.079	3.258	3.430	3.246	3.472	3.376	3.509	3.381	3.871	3.005
Anteil in %	21,9%	21,9%	22,5%	23,5%	23,3%	23,5%	23,2%	23,2%	21,1%	21,1%	20,8%

4.3 Tabellen Häusliche Gewalt/Stalking

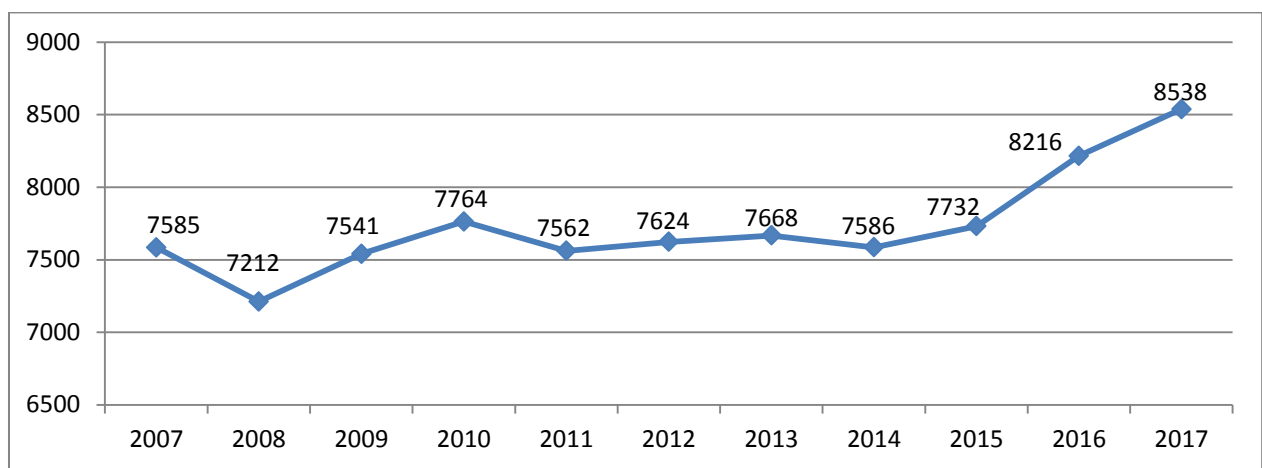
Polizeiliche Maßnahmen

Maßnahme		2013	2014	2015	2016	2017
Platzverweis	bis 1 Tag	150	169	160	175	181
Platzverweis	bis 6 Tage	35	21	8	20	28
Platzverweis	bis 14 Tage	743	575	644	718	943
Wohnungsverweisung § 31 (2) HSOG	bis 14 Tage	1.870	1.734	1.816	2.125	1892
Wohnungsverweisung § 31 (2) HSOG	über 14 Tage	129	38	25	27	29
Kontaktaufnahme- Verbot - § 11 HSOG	bis 14 Tage	1.792	1.842	1.949	2.205	2.135

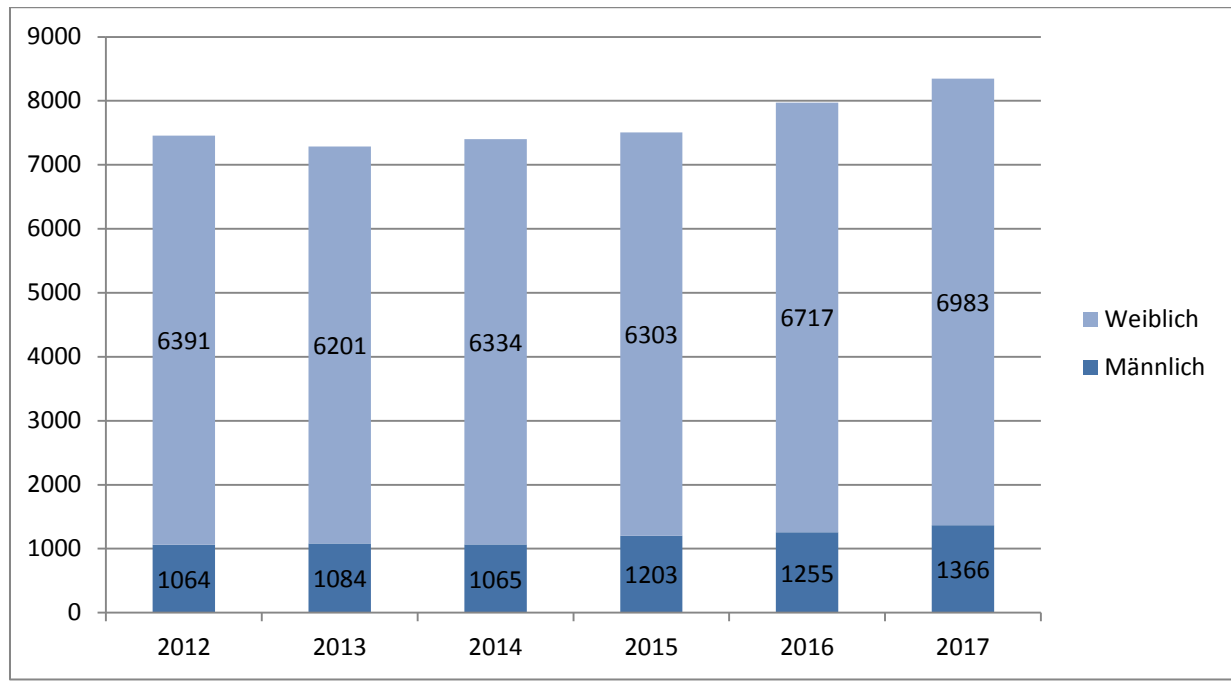
Maßnahme		2013	2014	2015	2016	2017
Kontaktaufnahmeverbot § 11 HSOG	über 14 Tage	114	64	30	33	41
Ingewahrsamnahme § 32 HSOG	bis 1 Tag	278	195	182	229	168
Ingewahrsamnahme § 32 HSOG	bis 6 Tage	6	0	1	1	10
Frauenhaus		129	117	150	149	136
Hilfeeinrichtungen hingewiesen (Opfer)		4.556	4.362	4.334	4.653	4.182
Hilfeeinrichtungen hingewiesen (Täter)		1.620	1.387	1.281	1.503	1.324
Wechselseitige Anzeigen		800	759	826	1.006	981

4.3.1 Häusliche Gewalt

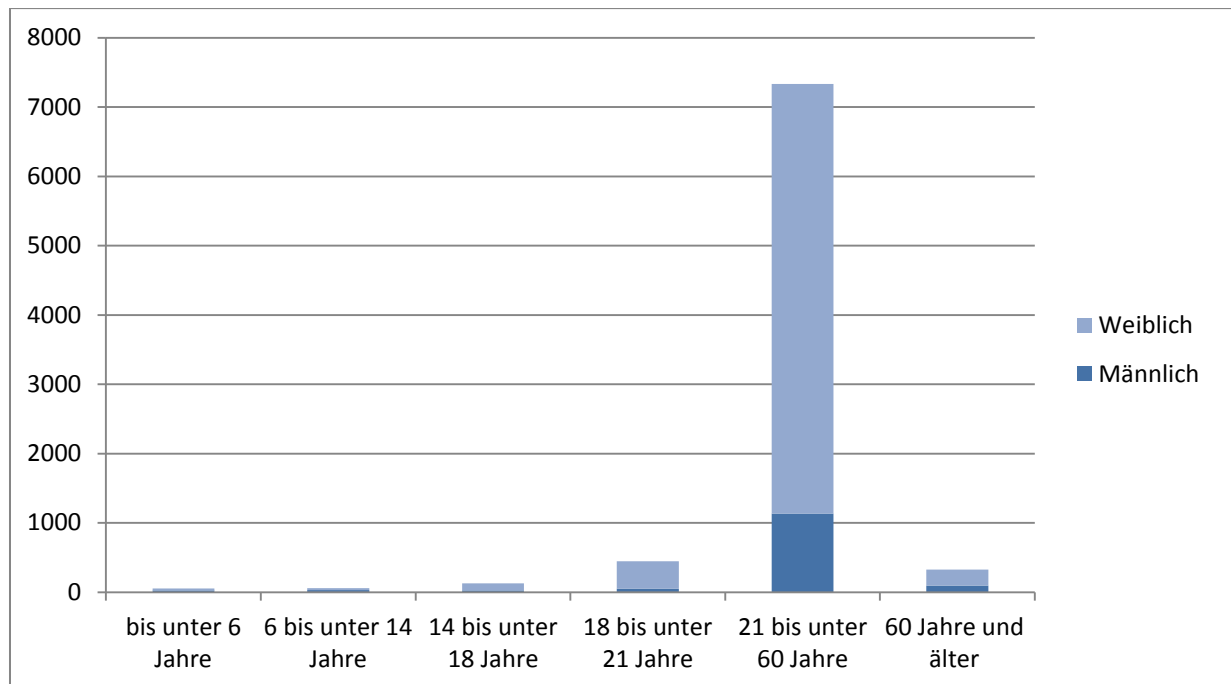
Fallzahlen Häusliche Gewalt 2005 bis 2017



Häusliche Gewalt - Opfer (Anzahl) 2012 bis 2017



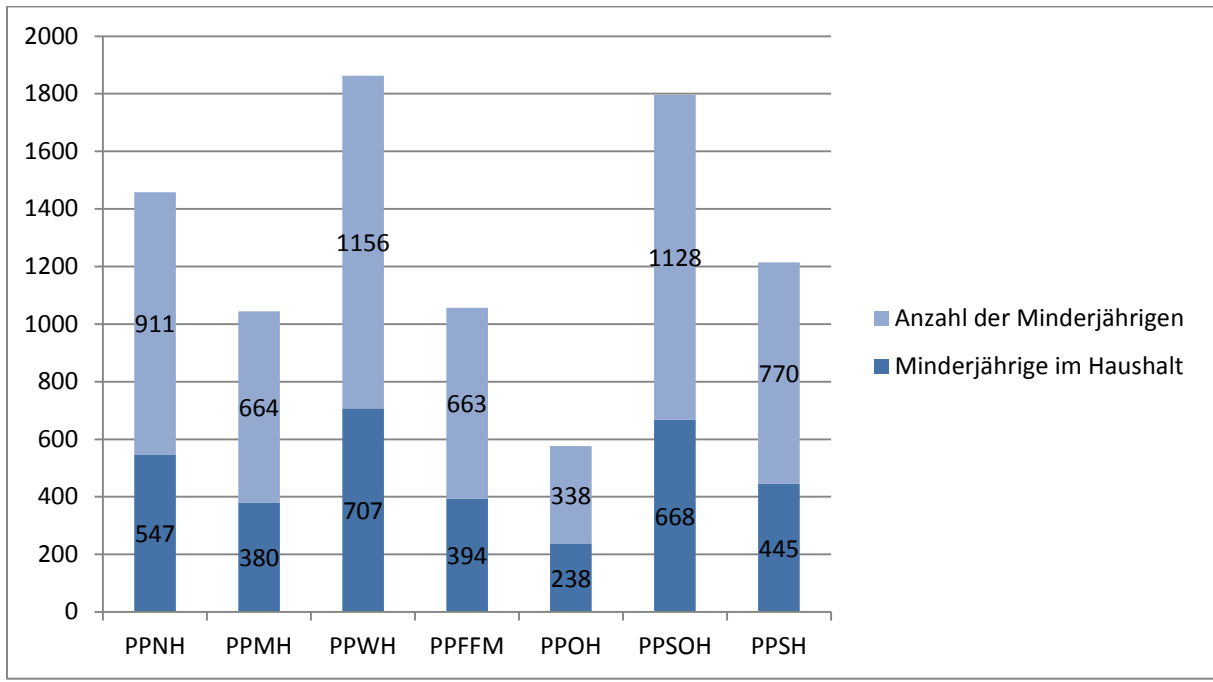
Häusliche Gewalt - Opfer (Alter und Geschlecht) 2017



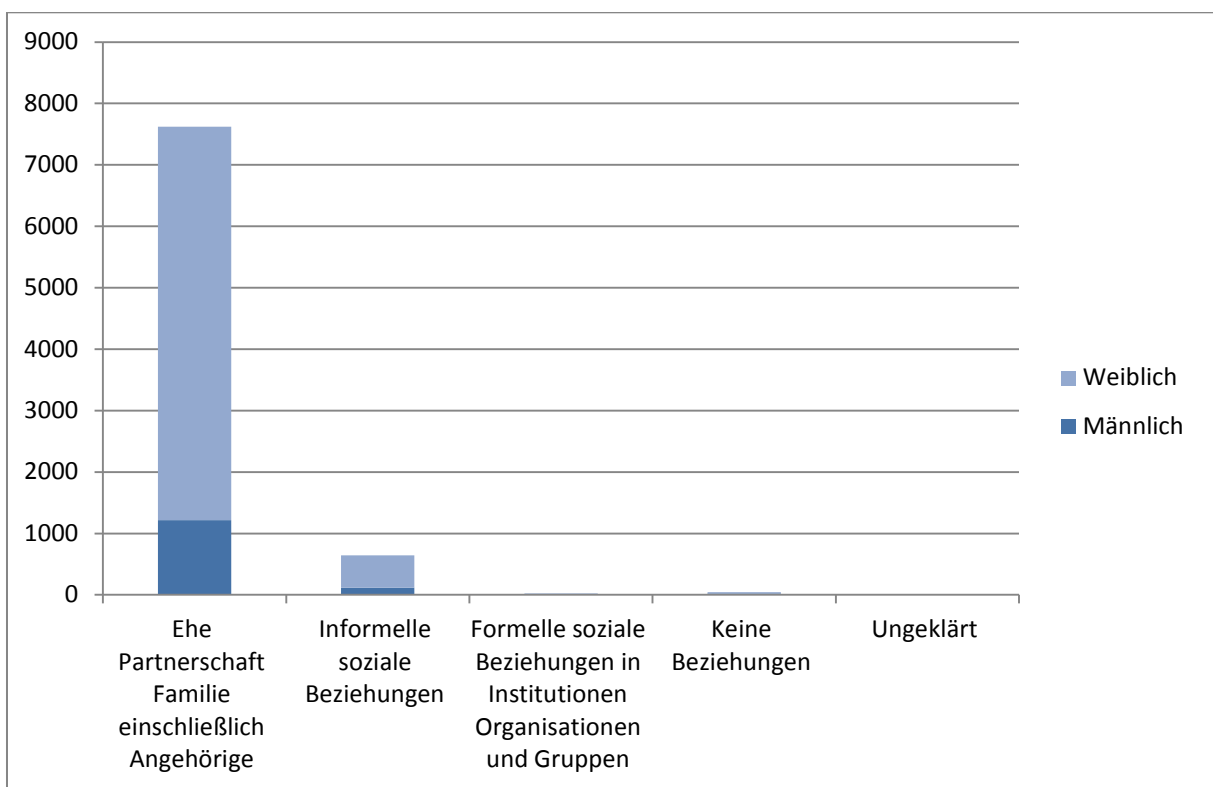
Altersstruktur	Männlich	Weiblich
bis unter 6 Jahren	27	26
6 bis unter 14 Jahren	32	28
14 bis unter 18 Jahren	26	102

18 bis unter 21 Jahren	49	399
21 bis unter 60 Jahren	1136	6196
60 Jahre und älter	96	232

Häusliche Gewalt - Minderjährige im Haushalt

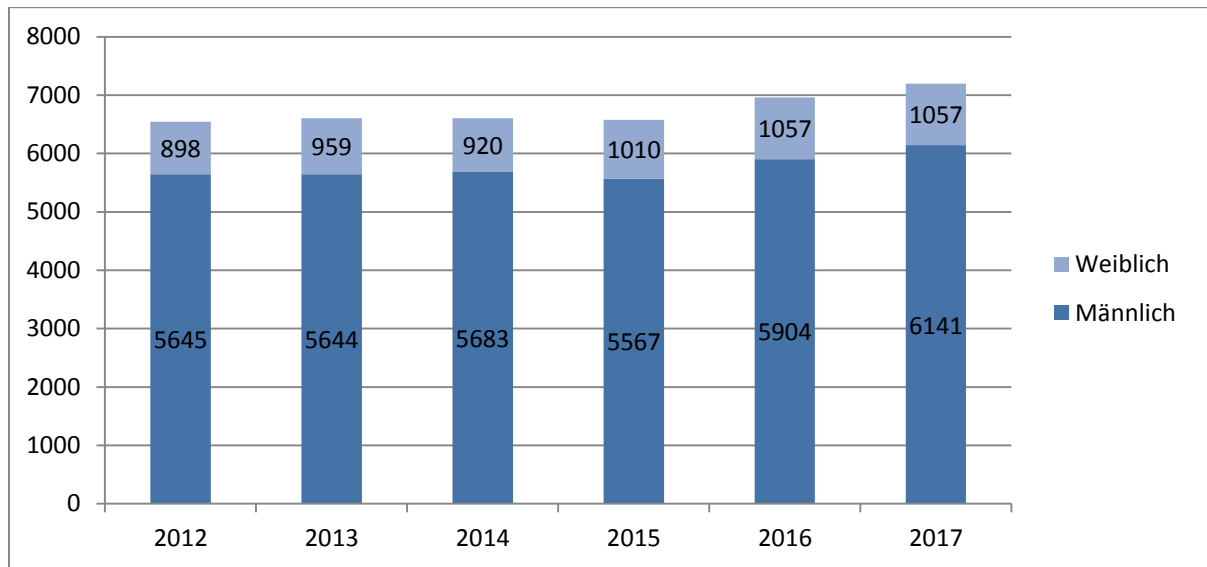


Häusliche Gewalt - Täter – Opfer Beziehung 2017



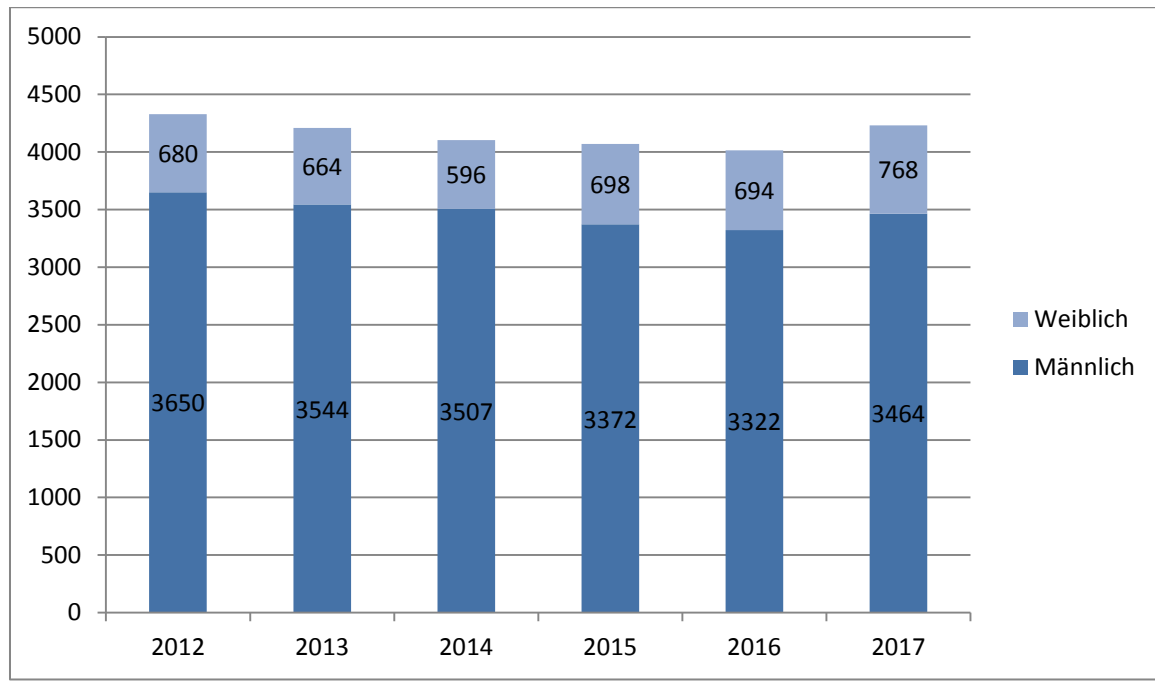
Beziehung zum Täter	Männlich	Weiblich
Ehe Partnerschaft Familie einschließlich Angehörige	1215	6408
Informelle soziale Beziehungen	117	526
Formelle soziale Beziehungen in Institutionen Organisationen und Gruppen	9	16
Keine Beziehungen	23	21
Ungeklärt	2	12

Häusliche Gewalt - Tatverdächtige (Geschlecht) 2012 bis 2017

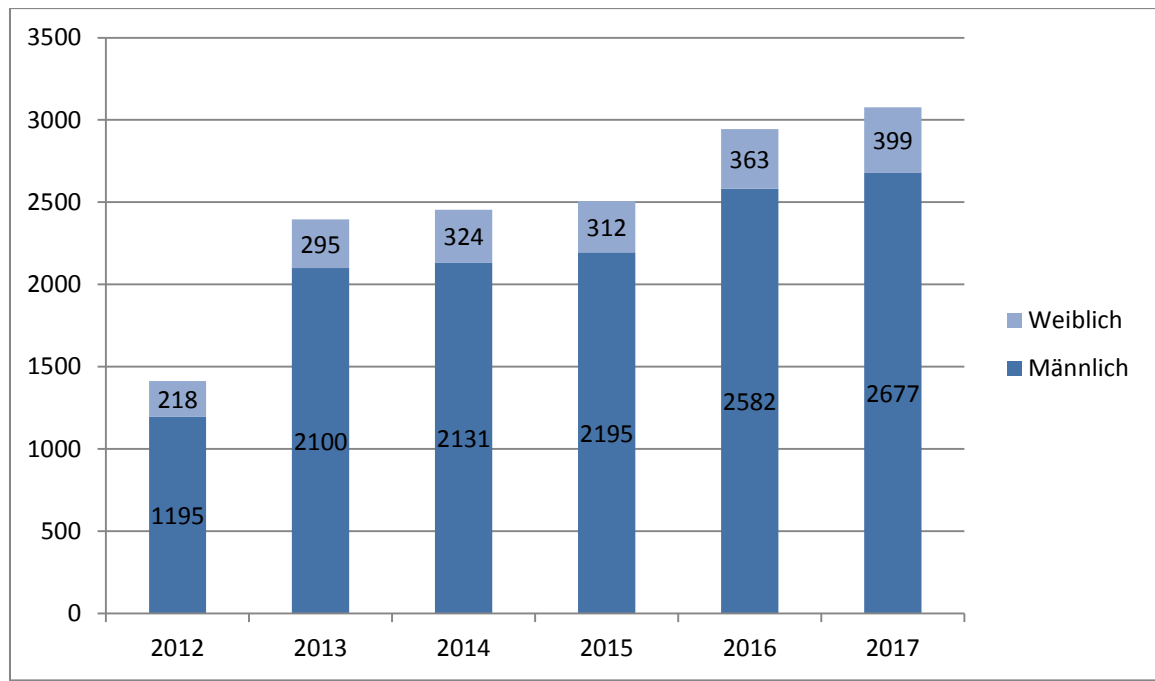


Jahr	Gesamt	männlich	in %	weiblich	in %
2012	6.543	5.645	86,28	898	13,72
2013	6.603	5.644	85,48	959	14,52
2014	6.558	5.683	86,66	920	14,03
2015	6.557	5.567	84,90	1.010	15,40
2016	6.961	5.904	84,82	1.057	15,18
2017	7.308	6.141	84,0	1.167	16,0

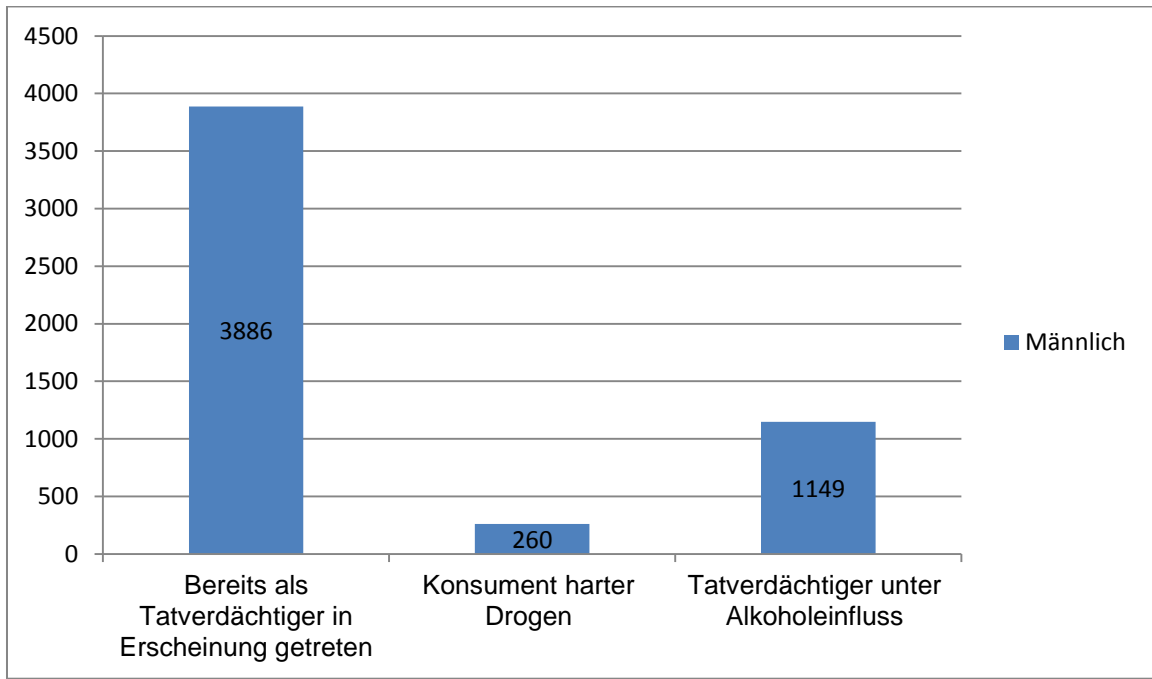
Häusliche Gewalt - Tatverdächtige (deutsch) 2012 bis 2017



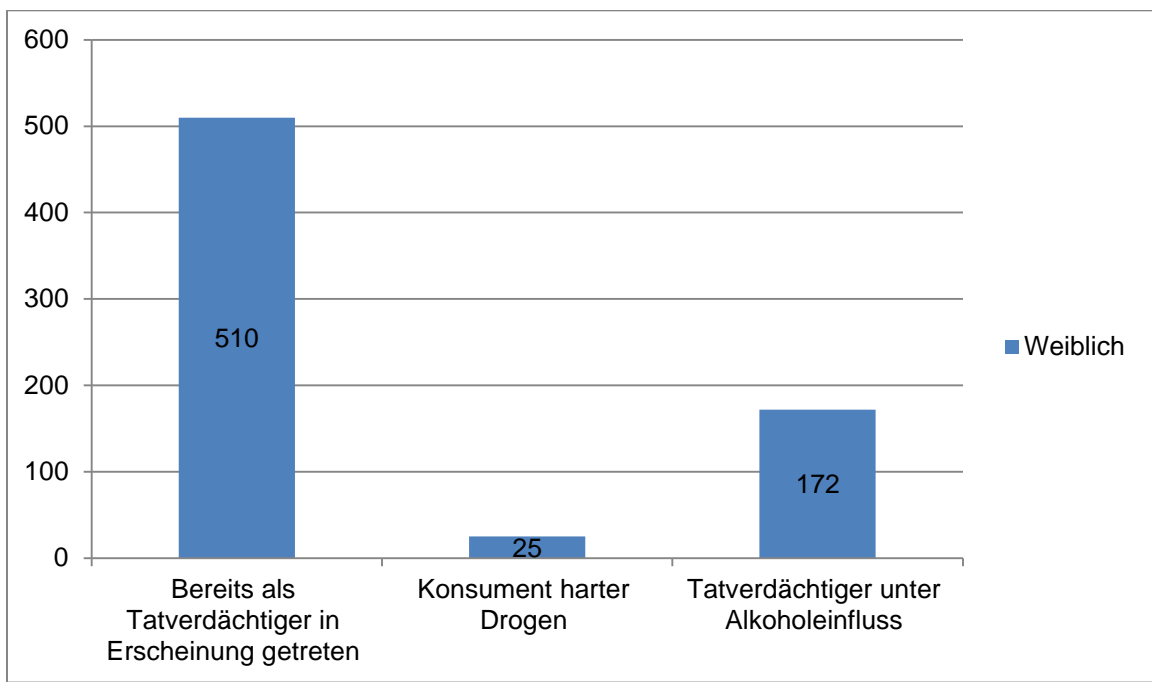
Häusliche Gewalt - Tatverdächtige (nicht-deutsch) 2012 bis 2017



Häusliche Gewalt - Tatverdächtige (sonstige Merkmale) 2017

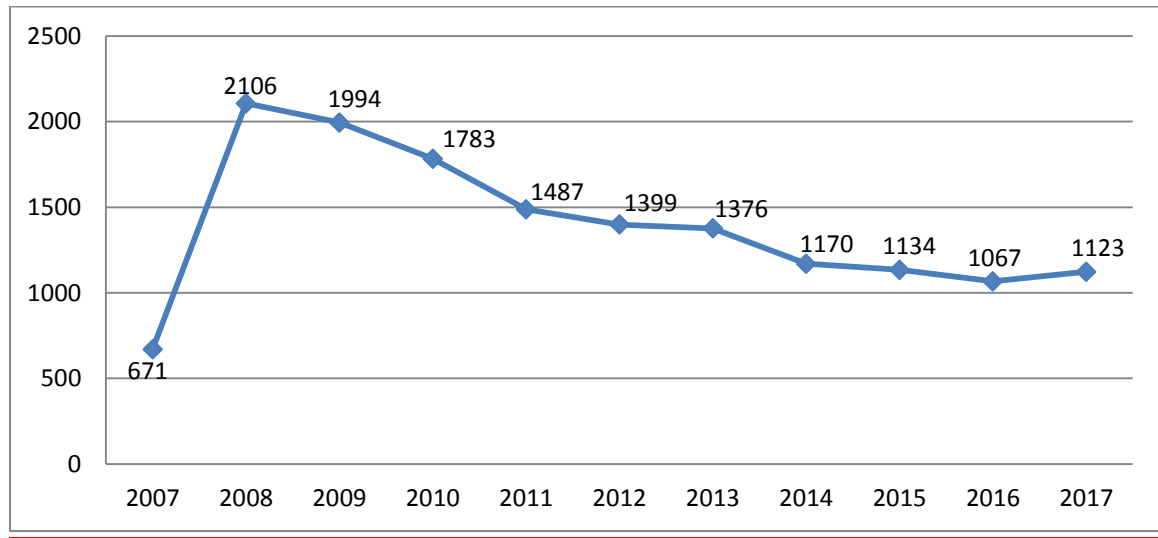


Häusliche Gewalt - Tatverdächtige (sonstige Merkmale) 2017

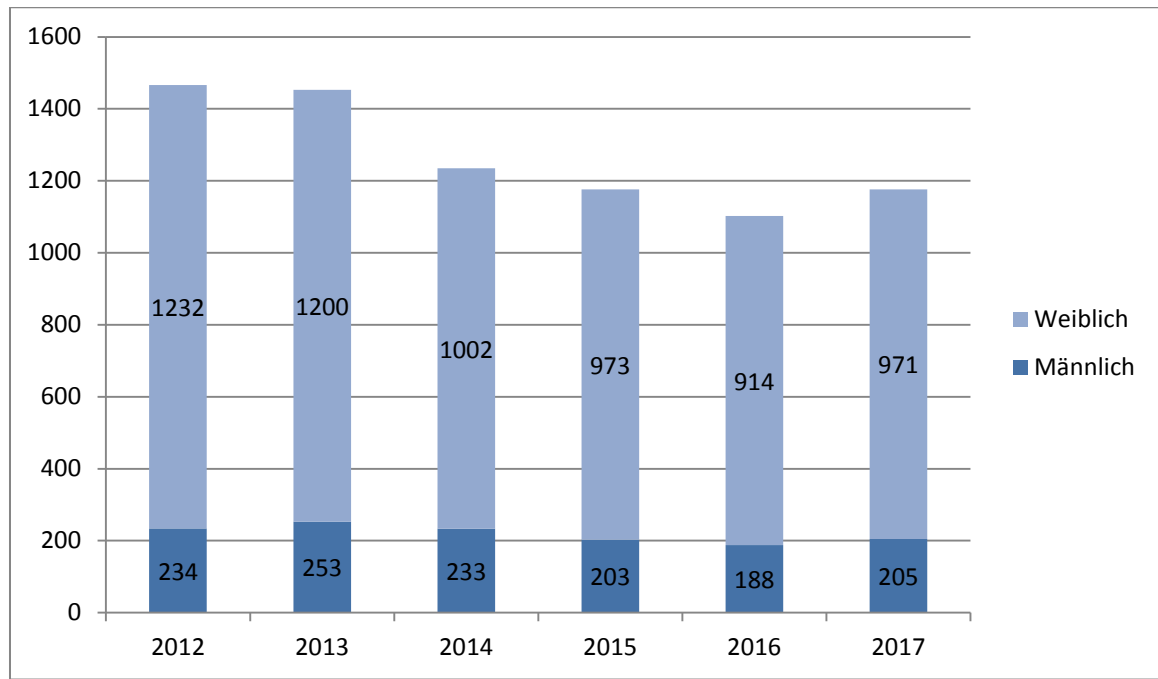


4.3.2 Stalking

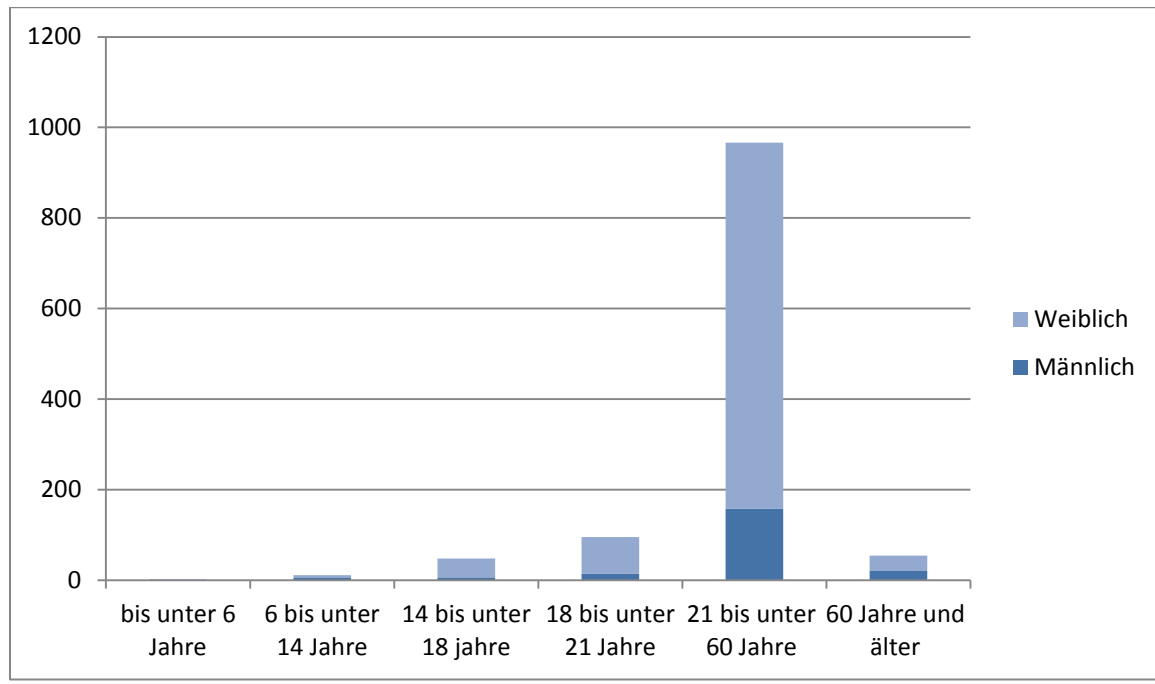
Fallzahlen Stalking 2007 bis 2017



Stalking - Opfer (Anzahl) 2012 bis 2017

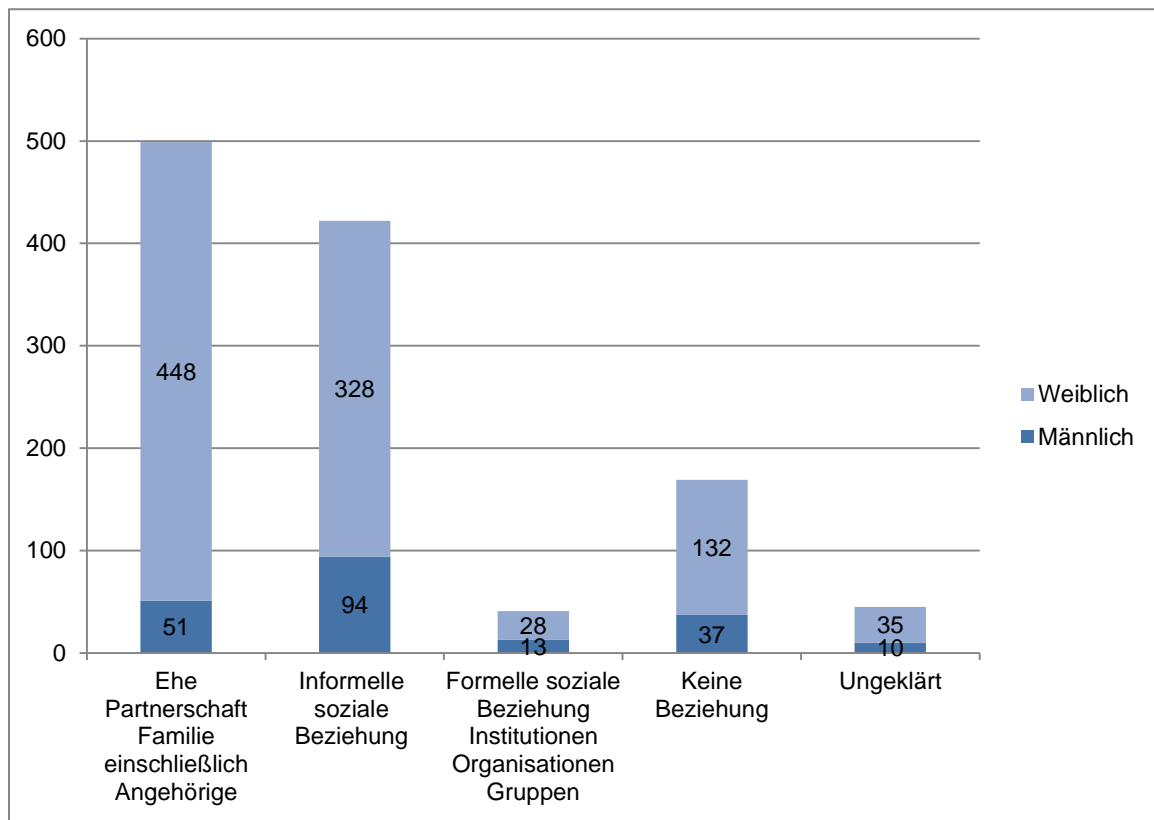


Stalking - Opfer (Alter und Geschlecht) 2017

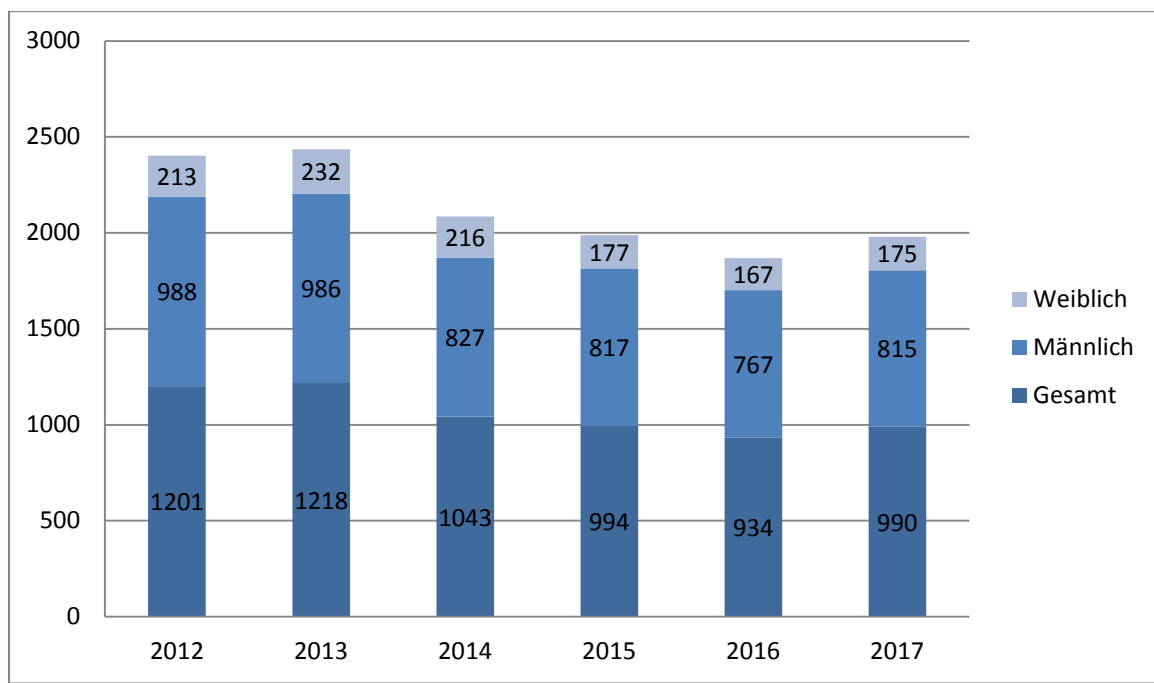


Altersstruktur	Männlich	Weiblich
bis unter 6 Jahre	1	1
6 bis unter 14 Jahre	6	5
14 bis unter 18 Jahre	6	42
18 bis unter 21 Jahre	14	81
21 bis unter 60 Jahre	158	808
60 Jahre und älter	20	34

Stalking - Täter - Opfer Beziehung 2017

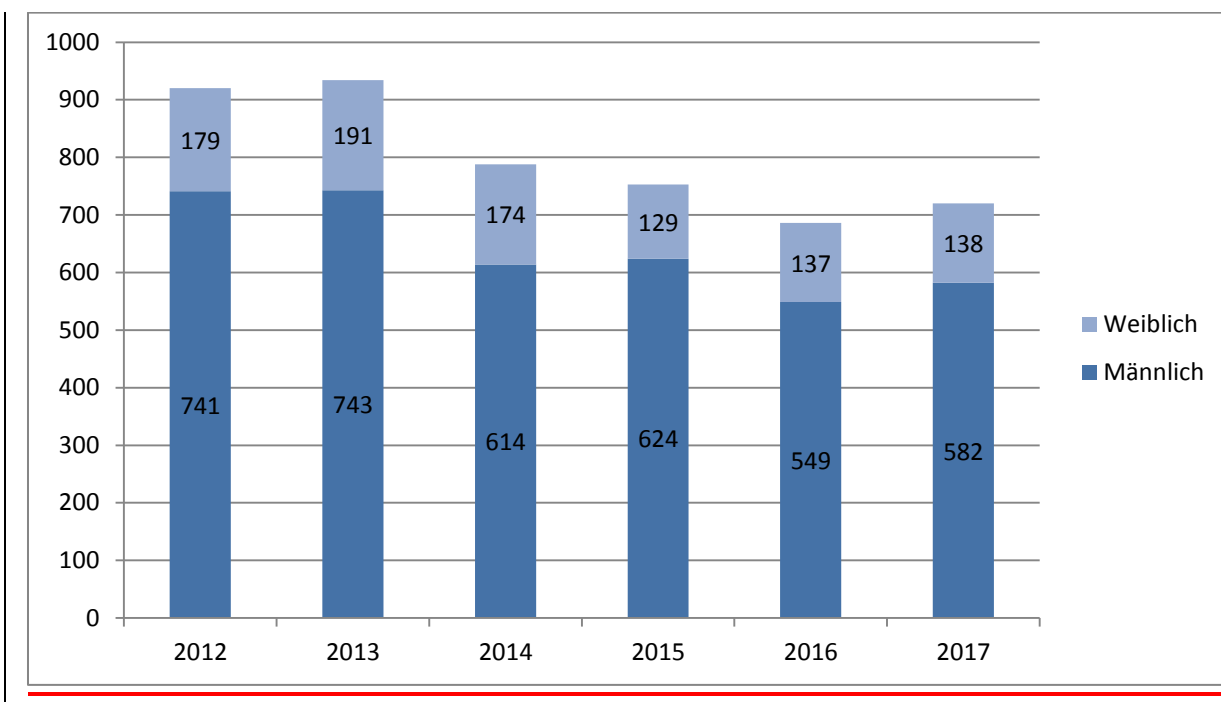


Stalking - Tatverdächtige (Geschlecht) 2012 bis 2017



Jahr	Gesamt	männlich	in %	weiblich	in %
2012	1.201	988	82,26	213	17,74
2013	1.218	986	80,95	232	19,05
2014	1.043	827	79,29	216	20,71
2015	994	817	82,19	177	17,81
2016	934	767	82,12	167	17,88
2017	990	815	82,32	175	17,68

Tatverdächtige Stalking – Deutsch 2012 bis 2017



Stalking - Tatverdächtige (nicht-deutsch) 2012 bis 2017

